

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 14. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Legislaturperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 12. Dezember 2001
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 23.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Kurt Hürzeler, HAL Finanzen
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: ---

Entschuldigt: Thomas Bartlome
Stefan Brügger
Lucius Cueni
Jacqueline B. Misslin
Heinz Werdenberg
Paul Schüpbach, Gemeinderat

Abwesend: ---

Bereinigte Traktandenliste

1. Stellungnahmen des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Budget-Postulaten, Geschäft 3294B/C

1.1 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal,
Kürzung um CHF 150'000, Geschäft 3307

- 1.2 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-309, übriger Personalaufwand,
Kürzung um CHF 15'000, Geschäft 3308
- 1.3 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-318/100-318/461-318/720-318, Dienstleistungen und Honorare,
Kürzung um CHF 165'000, Geschäft 3309
- 1.4 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 240-314, Baulicher Unterhalt durch Dritte,
Kürzung um CHF 165'000, Geschäft 3310
- 1.5 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 300-319, Übriger Sachaufwand, Partnerschaften,
Kürzung um CHF 15'000, Geschäft 3311
- 1.6 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 300-363, Zweckverbände/Kulturpreis,
Kürzung um CHF 9'000, Geschäft 3312
- 1.7 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 340-315, Übriger Unterhalt durch Dritte,
Kürzung um CHF 10'000, Geschäft 3313
- 1.8 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 359-503.01, Verlegung Familiengärten Baselmattweg,
Kürzung um CHF 80'000, Geschäft 3314
- 1.9 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 581-366, Private Haushalte,
Kürzung um CHF 200'000, Geschäft 3315
- 1.10 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 620-501.14, Öffentliche Beleuchtung, Investitionsrechnung
Kürzung um CHF 175'000, Geschäft 3316
- 1.12 Budget-Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend
Pos. 780-364, Fluglärmbekämpfung, Austritt aus dem Schutzverband
der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen,
Streichung des Beitrages von CHF 16'000, Geschäft 3318
- 1.11 Budget-Postulat von Felix Mensch und Jean-Jacques Winter betreffend
Pos. 780-301, Schaffung einer Geschäftsstelle (40%) zur Sicherstellung
und Weiterführung der Arbeit im Bereich „Allschwil und Luftverkehr“, Geschäft 3317
- 1.13 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 790-318, Dienstleistungen und Honorare,
Kürzung um CHF 40'000, Geschäft 3319
- 1.14 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-503.03, Gemeindebauten, Investitionsrechnung,
Kürzung um CHF 122'000, Geschäft 3320
- 1.15 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 113-506.01, Radaranlage, Investitionsrechnung,
Streichung der gesamten Position von CHF 35'000, Geschäft 3321

1.16 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos 113-506.02, Patrouillenfahrzeug, Investitionsrechnung,
Streichung der gesamten Position von CHF 35'000, Geschäft 3322

2. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungs-
prüfungskommission betreffend Voranschläge für das Jahr 2002, Geschäft 3294/A

2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse

2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2002

2.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2002

2.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2002

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 14 vom 12. Dezember 2001

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Beat Meyer-Zehnder

BEGRÜSSUNG/ MITTEILUNGEN DES PRÄSIDENTEN

Der Vorsitzende **Beat Meyer-Zehnder** begrüsst die Anwesenden zur Budgetsitzung 2001.

Allen Ratsmitgliedern liegen folgende Informationen schriftlich vor:

- Beantwortung der Kleinen Anfrage von Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, betreffend Neue Strassenbeleuchtung, Geschäft 3306/3306A
- Erklärung der CVP/SVP-Fraktion betreffend „Endlich Massnahmen beim Grabenring ergreifen“ vom 3.12.2001

NEU EINGEREICHTE PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

- Interpellation von Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Höhe der Ausgaben in Zusammenhang mit den Studien „Entwicklung der Gemeinde Allschwil“ sowie „Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion“, Geschäft 3323
- Postulat von Dr. Guido Beretta und Christoph Morat: Verkehrssituation am Lindenplatz, insbesondere Aenderung der Tramstation, Geschäft 3324
- Dringliche Motion der FDP-Fraktion: Dossier Flughafen/Fluglärm, Geschäft 3325
- Motion von Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion: Ergänzung des Geschäftsreglementes Einwohnerrat § 40, Behandlung von Motionen und Postulaten, Geschäft 3326
- Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion: Zugänglichkeit der Ochsenegasse für den Strassenverkehr, Geschäft 3327
- Postulat von Dr. Ivo Corvini, namens der CVP/SVP-Fraktion: Ueberprüfung des gesamten Gemeindestrassennetzes im Hinblick auf die Benutzungsmöglichkeit, Geschäft 3328

Begründung zur Dringlichkeit der Motion 3325:

Infolge Abwesenheit des Motionärs begründet **Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, die Dringlichkeit wie folgt:

Der Vorstoss bezieht sich auf den Voranschlag für das Jahr 2002, Pos. 020-301, welche vom Gemeinderat wie folgt erläutert wurde: „Der budgetierte Mehraufwand erklärt sich ... aus der geplanten Einstellung einer Mitarbeiterin bzw. eines Mitarbeiters ... in der Abteilung Umwelt (Fluglärmbekämpfung)“.

Der Umfang dieser Stelle ist für die FDP-Fraktion unklar. Die aufgeworfenen Fragen stehen in Zusammenhang mit dem heute zu beratenden Budget und interessieren grosse Bevölkerungskreise. Wie bekannt ist, wird das Dossier Fluglärmbekämpfung ab 1.1.2002 auf der Gemeindeverwaltung in der Abteilung Umwelt bearbeitet. Eventuell kann der Gemeinderat bereits heute oder dann im Januar 2002 zu diesem Thema informieren.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Der Gemeinderat ist bereit, die dringliche Motion entgegen zu nehmen.

//: Der Dringlichkeit der Motion 3325 wird mit 30:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt und der Vorstoss als erheblich erklärt.

BEREINIGUNG DER TRAKTANDENLISTE

Namens der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission wird beantragt, das Budget-Postulat 3318 vor dem Budget-Postulat 3317 zu behandeln.

//: Diese Aenderung der Traktandenliste wird mit grossem Mehr gutgeheissen.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, beantragt, das von ihr eingereichte Postulat betreffend Schaffung einer angemessenen Feier für Hochzeitsjubilarpaaire, Geschäft 3289 (Traktandum 4) von der heutigen Traktandenliste abzusetzen, da sie die Sitzung frühzeitig verlassen muss.

//: Diese Aenderung der Traktandenliste wird mit grossem Mehr gutgeheissen.

1. Stellungnahme des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Budget-Postulaten, Geschäft 3294B/C

Die schriftlichen Berichte 3294B und 3294C liegen diesem Protokoll bei und bilden integrierten Bestandteil.

Der Vorsitzende **Beat Meyer-Zehnder** gibt bekannt, dass von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, ein schriftlicher Antrag auf ein *Time Out* für das Studium des erst heute vorliegenden FIREKO-Berichtes 3294C eingegangen ist.

Dr. Lukas Rosenthaler, FIREKO-Präsident, hält allgemein fest, dass sich die Kommission intensiv mit der Materie befasst hat. Bei der Einzelberatung der Postulate werden allenfalls zusätzliche Kommentare abgegeben.

- TIME OUT -

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion: Das Budget sieht sehr negativ aus. Viele Beträge könnten jedoch nicht oder nicht mehr vom Rat beeinflusst werden, wie z.B. Zahlungen an den Kanton oder der Wegfall der Erbschaftssteuer. Der beeinflussbare Teil des Budgets liege bei ca. 15 %. Allschwil leistet sich ein attraktives Dienstleistungsangebot, in der Hoffnung, Allschwil als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu halten. Auch die SP-Fraktion wolle sparen, jedoch nicht konzeptlos. Bereits anlässlich der kürzlichen Diskussion betreffend Bevölkerungsrückgang habe er zu einer gemeinsamen parteiübergreifenden Strategie aufgerufen. Diese sollte auch jetzt die Grundlage für ein nachhaltiges Sparen bilden. Man müsse sich überlegen, für wen Allschwil attraktiv sein soll. Diejenigen Personen, die man in Allschwil ansiedeln will, dürfe man nicht mit Sparmassnahmen belasten, sonst würde damit eine Abwärtsspirale ausgelöst. Bezüglich Steuern: Auch mit einem Steuerfuss von 58 % komme man in wenigen Jahren nur knapp an einem Bilanzfehlbetrag vorbei, wie das der Finanzplan aufzeigt. Dies würde eine gesetzlich verordnete Belastung, ein grösseres Defizit und am Ende die Fremdverwaltung durch die kantonalen Behörden bedeuten. Einen Steuersatz unter 58% zu beschliessen erachtet der Redner als fahrlässig, weil er längerfristig zu einem Bilanzfehlbetrag führt. Zudem sei es auch nicht ehrlich gegenüber dem Steuerzahlenden, weil in 1-2 Jahren erneut eine Steuererhöhung beschlossen werden müsste. Sparen müsse man mit Konzepten, hinter denen alle Beteiligten stehen können. Mit Leistungspostulaten könne das Dienstleistungsangebot ganz gezielt reduziert werden.

1.1 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 020-301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, Kürzung um CHF 150'000, Geschäft 3307

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission lehnt eine generelle Kürzung der Verwaltungslöhne ab.

Ruth Greiner, namens des Gemeinderates, verweist auf den gemeinderätlichen Bericht 3294B.

Alex Horisberger, namens der Postulantin FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass durch die geplanten zwei Stellenschaffungen und dem gleichzeitigen Rückgang der Einwohnerzahlen ein falsches Signal gesetzt wird. Eine neue Stelle soll im Budget 2002 gestrichen werden, was dem Betrag von CHF 150'000 entspricht.

1994 wurde eine Strukturanalyse der Verwaltung erarbeitet. Anstatt den Personalbestand einzufrieren oder zu reduzieren, wurden aber laufend Stellen aufgestockt. Nun muss ein Personalstopp erfolgen. Die Gemeinde Allschwil habe ein strukturelles Problem; dies höre man immer wieder von links bis rechts. Die Privatindustrie hat aufgezeigt, dass Strukturprobleme nicht mit Personalaufstockungen gelöst werden können.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** bemerkt grundsätzlich zu den Budget-Postulaten, welche mehrheitlich Budgetkürzungen beantragen:

Allen Anwesenden ist klar, dass gespart werden muss. Der Gemeinderat hat bereits bei der Ausarbeitung des Budgets 2002 - wo verantwortlich - Kürzungen vorgenommen. Trotzdem resultiert ein Defizit, weshalb nun eine Steuererhöhung auf 58 % beantragt wird.

Die Spardiskussion muss grundsätzlich und auf politischer Ebene geführt werden.

Einzelsparmassnahmen bringen nicht das gewünschte Resultat, zudem werden Dienstleistungen in gleichbleibendem Umfang erwartet. Es sei eine Illusion zu erwarten, dass mit abnehmenden Einwohnerzahlen auch die zu erbringenden Dienstleistungen weniger werden. Und bei gleichbleibenden Dienstleistungen kann kein Personal eingespart werden.

Nimmt die Bevölkerung ab, entsteht eine grössere finanzielle Belastung pro Einwohner/in.

Dass der Personalbestand der Steuerabteilung nicht plafoniert wird, wurde vom Einwohnerrat gutgeheissen. Ebenfalls hat der Einwohnerrat verlangt, dass die Verwaltung das Dossier Fluglämbekämpfung selber bearbeitet. Der AllService muss ebenfalls einen optimalen Kundenservice anbieten, und eine Aufstockung um 100 Stellenprozent wurde von der Personal- und Besoldungskommission bereits gutgeheissen.

Die Gemeindepräsidentin bittet eindringlich, von einer Personalkürzung abzusehen.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, befürwortet die zusätzliche Stellenschaffung in der Steuerabteilung, nicht aber in den anderen beiden Ressorts. Zudem ist er der Meinung, dass das Dienstleistungsangebot der Gemeinde reduziert werden kann. Dazu müssen aber sämtliche Beteiligten wie Behörden, Einwohnerrat und Bevölkerung beitragen und mitmachen.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, heisst das Postulat gut. Angesichts der schlechten finanziellen Lage können diese Stellenaufstockungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Es müssen Sparanstrengungen unternommen werden.

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** hält es für ungut, wenn der Einwohnerrat in die gemeinderätlichen Kompetenzen eingreift und Stellenstreichungen via Budget-Postulate beantragt. Gemäss den vom Einwohnerrat und Gemeinderat beschlossenen gesetzlichen Grundlagen hat der Gemeinderat das Recht – nach Anhörung der Personal- und Besoldungskommission – Stellenaufstockungen zu beschliessen.

Zum Personalaufwand allgemein: Immer wieder werde behauptet, dass der Personalaufwand der Gemeinde Allschwil überdurchschnittlich hoch sei. Leo Zehnder präsentiert einen diesbezüglichen Vergleich mit anderen Gemeinden wie Reinach, Binningen und Muttenz, der aufzeigt, dass die pro Kopf-Ausgaben nicht stark sinken, wenn die Einwohnerzahlen sinken. Der heutige Dienstleistungs-Standard kann nicht aufrecht erhalten werden, wenn Stellen abgebaut werden. Er wäre bereit gewesen, über eine generelle Kürzung des Personalaufwandes von CHF 28 Mio. zu diskutieren.

Leo Zehnder ist der Ansicht, dass das Problem des Sparens ganzheitlich angegangen werden muss. Dieser Meinung ist auch der gesamte Gemeinderat, welcher sich dazu Gedanken machen und Massnahmen vorschlagen wird. Er bittet um Ablehnung des Postulates.

Robert Richner, FDP-Fraktion, weist den Vorwurf des „kopflösen“ Sparens zurück. Die FDP-Fraktion hat versucht, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu reagieren und Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten. Es sei ein Recht des Volksvertreters, solche Vorschläge zu unterbreiten.

Dr. Lukas Rosenthaler bemerkt persönlich zum Votum Horisberger, dass tatsächlich gespart werden müsse, indem Dienstleistungen abgebaut werden. Dieser Abbau muss auch von der Bevölkerung getragen werden. Kommt es nun aber zu einem unkoordinierten Dienstleistungsabbau, werden Einwohner/innen abwandern. Man müsse vernünftig vorgehen und einen Konsens finden. Es sei verdankenswert, dass die FDP-Fraktion Vorschläge unterbreitet habe, dieser konkrete Vorschlag jedoch sei unbrauchbar.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, bestreitet die Aussage von O. Rügsegger, dass die Sparvorschläge der FDP-Fraktion konzeptlos seien. Konzeptlos sei, wenn eine Partei keine Sparvorschläge unterbreite. Es sei ein Skandal, eine Steuererhöhung zwischen 7 und 8 % für Natürliche Personen zu beantragen, und trotzdem noch ein Defizit von ca. CHF 900'000 auszuweisen. Man verstecke sich hinter der Grundsatzdiskussion, die nicht stattgefunden habe. Die Gegenstrategie sei lediglich „abwiegen“.

Dr. Lukas Rosenthaler berichtet als FIREKO-Präsident, dass die beantragte Steuererhöhung einem Prozentsatz von genau 3.76 entspricht.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hört mit Entsetzen die Meinung, dass bei den gut kalkulierbaren laufenden Ausgaben - bei denen der Gemeinderat schon bewiesen hat, dass er spart (z.B. Sachaufwandreduktion von CHF 9 Mio. auf CHF 8 Mio.) - gespart werden soll, Investitionen aber gutgeheissen werden. Dies sei ein Sparen am falschen Ort. Die Gemeinde leistet einen Beitrag an die Infrastruktur. Wenn die Struktur wächst, muss die Gemeinde sie auch unterhalten. Lediglich 200 Personen sind von 1999 auf 2000 aus Allschwil abgewandert. Dies sei kein Grund, die Dienstleistungen brach zu legen. Diese müssen weiterhin angeboten werden.

Dr. Guido Beretta berichtet den FIREKO-Präsidenten bezüglich Steuersatz: Für die Natürlichen Personen handelt es sich, relativ gesprochen, um eine Steuererhöhung von 7 – 8 %, wenn man vom heutigen Steuersatz von 54.4 % auf neu 58 % (der Kantonssteuer) ausgeht.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, präzisiert das von ihm verlangte Spar-Konzept wie folgt: Die FDP-Fraktion beantragt beispielsweise mit der Aufschiebung des Kulturpreises CHF 9'000 einzusparen. Nur Herausschieben sei eben kein Konzept, konsequenterweise müsste man dann sämtliche Kulturveranstaltungen oder Unterstützungen an Sportvereine einsparen, damit eine Wirkung erzielt wird. Alles andere sind nur kurzfristig greifende Massnahmen.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, rechnet anhand von zwei Beispielen die zusätzliche Steuerbelastung bei einem Steuersatz von 58 % vor: Steuerbares Einkommen CHF 100'000 = + CHF 30 pro Monat; Steuerbares Einkommen CHF 50'000 = + CHF 15 pro Monat). Diese Erhöhung kann er mit gutem Gewissen vertreten.

Finanzchef **Dr. Leo Zehnder** stellt richtig, dass der Gemeinderat eine Steuererhöhung von 3,76 % vorschlägt (real 6.9 %). Zudem habe der Gemeinderat seine Pflicht erfüllt, indem er das Rohbudget 2002 massiv reduziert hat. Ohne Substanzverlust seien weitere Einsparungen nicht möglich.

//: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Position 020-301, Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, Kürzung um CHF 150'000, wird mit 22:12 Stimmen abgelehnt.

1.2 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 020-309, übriger Personalaufwand, Kürzung um CHF 15'000, Geschäft 3308

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission empfindet diese Sparmassnahme mehrheitlich als Kosmetik. Die Ersparnis wird als gering erachtet, aus diesem Grund wird das Budget-Postulat abgelehnt.

Iris Zihlmann-Glanzmann, namens der Postulantin FDP-Fraktion: Die Fraktion ist sich sehr wohl bewusst, dass die Gemeinde verpflichtet ist, Personalvakanzen öffentlich auszuschreiben. Den in den Erläuterungen genannten Preis von CHF 1'500 für ein 3-spaltiges Inserat in der Basler Zeitung hält sie für zu hoch (gemäss Preisliste CHF 1'000). Auf dem hart umkämpften

Inseratemarkt liessen sich zudem fixe Abschlüsse mit einzelnen Zeitungen tätigen und damit bessere Konditionen erzielen. Im Weiteren seien die Inserate zu optimieren (1 grösseres Inserat anstelle von 2 kleineren). Die FDP-Fraktion hält an ihrem Postulat fest und bittet um Unterstützung der Ratsmitglieder.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, unterstützt angesichts der angespannten Finanzlage das Postulat.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, hält vielmehr den Umstand, dass jede 4. Stelle auf der Gemeindeverwaltung innerhalb eines Jahres wechselt, für penibel. Diese Tatsache sollte überprüft werden. Alles andere hält er ebenfalls für Kosmetik.

Genau diesen Sachverhalt habe die Geschäftsprüfungskommission bereits geprüft, berichtet Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**. Die Zeiten, wo Mitarbeiter/innen 30 oder 40 Jahre an der selben Stelle arbeiten, seien vorüber. Diese Tatsache sei auch in Allschwil spürbar. Die Fluktuation sei im Rahmen jedes Unternehmens dieser Grössenordnung. Die Gemeinde Allschwil gibt nur die unbedingt notwendigen Stelleninserate auf und prüft auch den Inserateort. Gemäss § 13 des Personal- und Besoldungsreglementes müssen vakante Stellen öffentlich und intern ausgeschrieben werden.

Mark Aellen, SP-Fraktion, zum Votum von Iris Zihlmann: CHF 50'000 Inseratekosten ergeben mit ca. 50 Vakanzen pro Jahr einen Preis von CHF 1'000 pro Inserat.

Zudem würde er sich eine Stellenbewerbung aufgrund eines Inserates, das mehrere Stellenausschreibungen enthält, gut überlegen, weil es wenig vertrauenserweckend sei. Ein zu tiefes Inseratebudget mache ebenfalls keinen Sinn, denn dann könnten eine offene Stelle vielleicht nicht mehr im entsprechenden Medium ausgeschrieben werden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, nennt Rekrutierungsfehler des Gemeinderates und bittet um vermehrte Aufmerksamkeit bei der Auswahl von Mitarbeitenden.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, nennt als weiteren Grund für häufigere Stellenwechsel die höheren Löhne in der Privatwirtschaft. Sie distanziert sich von der Aussage, die Gemeinde Allschwil weise eine speziell hohe Fluktuation auf. Auch die GPK sei nicht zu einem negativen Resultat gelangt.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 020-309, übriger Personalaufwand, Kürzung um CHF 15'000, wird mit 21:13 Stimmen abgelehnt.

1.3 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 020-318/100-318/461-318/720-318, Dienstleistungen und Honorare, Kürzung um CHF 165'000, Geschäft 3309

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission kann auch hier eine generelle Unterstützung nicht befürworten.

Robert Richner, namens der Postulantin FDP-Fraktion, dankt für die Zusammenstellung der betroffenen ...-318-Positionen. Er stellt fest, dass sowohl die Anzahl Mitarbeiter/innen wie auch die Ausgaben für Dienstleistungen und Honorare laufend zunehmen. Der Gemeinderat weist in den Erläuterungen zum Budget-Postulat 3307 darauf hin, dass er auf die Verpflichtung von qualifizierten Arbeitskräften angewiesen ist. Deshalb sollte es zumindest möglich sein, den Drittaufwand im bisherigen Rahmen zu halten. Für seine Fraktion sei klar, dass aufgrund der aktuellen Finanzlage sämtliche Leistungen in allen Bereichen überprüft werden müssen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Abbau von Dienstleistungen nicht nur geprüft, sondern auch vollzogen werden muss (Bsp. Reduktion von 3x wöchentlicher Dienstleistung auf 2x-

wöchentlich). Es sollte möglich sein, in gewissen Bereichen Einsparungen vorzunehmen, ohne die Attraktivität und die Zukunft Allschwils zu gefährden. Der Gemeinderat wird aufgefordert, entsprechende Massnahmen vorzuschlagen. Die Vorschläge der FDP-Fraktion seien nicht auf Budget-Kosmetik aus, sondern auf eine effektive Reduktion der Kosten. Das Postulat wird aufrecht erhalten. Der Votant hofft auf Unterstützung aus dem Rat.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, kann den effektiven Leistungsabbau in diesem Budget-Postulat nicht erkennen. Soll z.B. die Schneeräumung eingestellt werden?

Robert Richner, FDP-Fraktion, hatte nur wenig Zeit, um sich im Detail mit den Budget-Unterlagen auseinander zu setzen. In dieser kurzen Zeit war es nicht möglich, ein Konzept auszuarbeiten. Das Beispiel der Schneeräumung sei nicht einmal grundsätzlich schlecht, es gäbe sicher noch andere Unterhaltsarbeiten (z.B. in Parkanlagen), welche reduziert werden könnten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, sieht in der Abfallbewirtschaftung ein Sparpotenzial. Die Kompostberatung resp. die kostenlosen Kompostkurse können gestrichen werden. In diesem Teil wird das Budget-Postulat der FDP-Fraktion unterstützt.

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder**: Die Positionen ...-318 gehören zum Sachaufwand, welchen der Gemeinderat bei CHF 8.2 Mio. plafoniert hat. Dieser Plafond wurde ziemlich genau eingehalten und der budgetierte Sachaufwand von ursprünglich CHF 9.5 Mio. auf 8.2 Mio. reduziert. Alle Positionen wurden vom Gemeinderat mit Akribie - und insbesondere im Vergleich zur Rechnung 2000 - geprüft. Mehr als CHF 10'000 - 20'000 zusätzlich einzusparen ist nicht mehr möglich ohne Sustanzverlust.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält die Plafonierung des Sachaufwandes für grundsätzlich schlecht. Trotz Teuerung wird dieser alljährlich gekürzt. Jetzt sollen „aus der Hüfte heraus“ nochmals Positionen gestrichen werden, die nicht bekannt waren. Es sei vermessen, Sparvorschläge zu unterbreiten, ohne die Details zu kennen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, will genau wissen, wo der Gemeinderat kürzt und will diesbezüglich auch mitreden. Leistungskürzungen können mittels Allwo-Leistungspostulaten konkret beantragt werden. Er lehnt das Postulat ab und erwartet konkrete Spar-Vorschläge aus dem Rat.

Robert Richner, FDP-Fraktion, führt als Beispiel den Bereich Kultur/Heimatmuseum auf. Dort sieht er - im Vergleich Rechnung 2000 / Budget 2002 - ein Sparpotenzial von ca. CHF 15'000.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, weist auf die weitgehend fremdbestimmten Kosten der Positionen ...-318 hin, z.B. Kehrrentensorgung, Versicherungsprämien, etc. Aus diesem Grund kann er diese Kürzung nicht unterstützen.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 020-318/100-318/461-318/720-318, Dienstleistungen und Honorare, Kürzung um CHF 165'000, wird mit 22:12 Stimmen abgelehnt.

1.4 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 240-314, Baulicher Unterhalt durch Dritte, Kürzung um CHF 165'000, Geschäft 3310

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission richtet ihr spezielles Augenmerk bereits seit längerem auf den baulichen Unterhalt der gemeindeeigenen Gebäude. Im Unterhaltsbereich wird zum Teil fast fahrlässig gespart. Weitere Einsparungen kann die FIREKO nicht verantworten und lehnt das Postulat deshalb ab.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Von den im Budget ausgewiesenen CHF 423'500 für kleinere bauliche Unterhaltsarbeiten will das Postulat CHF 165'000 streichen. Somit bleiben in dieser Position immernoch ca. CHF 258'000 verfügbar. Dies sei angesichts der projektierten Finanzlage der Gemeinde verhältnismässig. Der gemeinderätliche Kommentar zum Budgetpostulat 3310 („weitere Kürzungen gefährden die Substanzerhaltung der Gebäude“) leuchtet der FDP-Fraktion nicht ein. In diesem Fall hätte man früher mit den Unterhaltsarbeiten beginnen sollen. In seiner Stellungnahme führt der Gemeinderat weiter aus, dass das Einrichten der geschlechtergerechten Pausenplätze mit der Investition von CHF 79'000 vollendet sei. Diese Problematik besteht aber ebenfalls schon seit längerem.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion: Der Quervergleich der Positionen ...-314 mit dem Budget 2001 zeigt einen Betrag von CHF 422'500. Darin sind, genau wie im Budget 2002, CHF 175'000 für grössere bauliche Massnahmen enthalten. Geht man davon aus, dass die gleichen Arbeiten wie 2001 ausgeführt werden sollen, so muss man dieser Kürzung zustimmen, denn somit werden insgesamt CHF 422'500 ausgegeben. Keine Unterhaltsarbeiten, die nicht schon im Budget 2001 enthalten waren, werden in Frage gestellt.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erachtet die Massnahmen für die geschlechtergerechte Einrichtung des Pausenplatzbereiches beim Schulzentrum Neuallschwil als „pseudopädagogischen Unsinn“. Er lehnt das Postulat ab.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** ermahnt Bruno Steiger, seine Ausdrucksweise zu mässigen.

Mark Aellen, SP-Fraktion, stimmt Guido Beretta zu, dass die Unterhaltsarbeiten an Schulhäusern bereits viel früher in Angriff hätten genommen werden müssen. Er findet das Argument von Hanspeter Frey, die Unterhaltsarbeiten für zwei verschiedene Jahre als die selben anzusehen, seltsam. Jedes Jahr müssen verschiedene Aufgabengebiete angegangen werden. Auch ein Schulplatz muss nicht jedes Jahr, sondern nur etwas alle 10 Jahre – im Zuge des Lernens – umgestaltet werden. Die Sachaufwand ist bereits plafoniert. Jetzt soll dieser nochmals reduziert werden, und dies auf Kosten von Investitionen, die später doch noch getätigt werden müssen. Der Finanzplan zeigt auf, dass die Schulhaus-Renovationen bereits jetzt CHF 8 Mio. kosten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, bezüglich Pausenplatzsanierung: Viele Instanzen haben sich mit diesem Problem befasst und sind zum Schluss gekommen, dass Handlungsbedarf besteht. Rückzugsnischen sind für beide Geschlechter notwendig, es geht nicht um eine Trennung der Geschlechter. Die Ueberarbeitung der Pausenplätze ist notwendig.

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**: Diese „massvolle“ Kürzung betrifft insgesamt doch einen Drittel der gesamten Position. Wenn man die Anzahl der zu unterhaltenden Gebäude betrachtet (sämtliche Schulhäuser, Kindergärten, Turnhallen), fällt diese stark ins Gewicht.

Er ruft in Erinnerung, dass der diskutierte Pausenplatz des Schulzentrums Neu-Allschwil seit dem Neubau anfangs 70er-Jahre eine unverändert grosse Fläche darstellt. Der für das Schulzentrum im Budget 2002 eingesetzte Betrag setzt sich zusammen aus kleinen Reparaturen (CHF 15'000), Reparatur Heizungslüftung (CHF 3'000), Turnhallen-Faltwand-Service (CHF 1'500), Revision Turnhallenboden (CHF 3'000), Service und Reparaturarbeiten Lamellenstoren (CHF 5'000), ISDN-Anschluss (CHF 5'000), Ersatz Schulhausgong (CHF 15'000), Fugarbeiten Duschen (CHF 4'000). Diese Arbeiten müssen notwendigerweise ausgeführt werden, bis die nächste Gesamtsanierung stattfindet.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, versteht nicht, warum die Schulhäuser nicht zu jenem Zeitpunkt saniert wurden, als das Budget schwarze Zahlen schrieb. Niemand bestreitet die Notwendigkeit dieser Arbeiten, sondern den Zeitpunkt. Sind alle diese Arbeiten gerade jetzt notwendig?

Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur, **Beatrice Fuchs**: Die Universität Basel hat eine Studie zum Thema „Geschlechterspezifisches Verhalten von Schulkindern“, ausgearbeitet. Es ist wohl unbestritten, dass bei einer Schulhofsanierung den unterschiedlichen Bedürfnissen von Buben und Mädchen Rechnung getragen werden muss.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion: Tatsächlich wurde im Jahr 2000 am falschen Ort gespart. Er habe bereits in früheren Budget-Verhandlungen vorgeschlagen, den baulichen Unterhalt mittels eines bestimmten Prozentsatzes zu integrieren. Er spricht sich deutlich für die Substanzerhaltung der Liegenschaften aus, jedoch müssen Schwerpunkte gesetzt werden.

Christoph Morat, SP-Fraktion, weist darauf hin, dass die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) von einer Substanzerhaltung nur profitieren können. Als Fachmann für Instandstellung und -haltung von grossen Gebäuden ist er der Meinung, dass eine Lawine auf die Gemeinde Allschwil zurollt, wenn nicht bald die Beträge für kleine Unterhaltsarbeiten erhöht werden.

Mark Aellen, SP-Fraktion, in Kürze: 1. Sünden merzt man nicht aus, indem diese aufgeschoben werden. 2. Instandstellung ist nur ein Teil dieses Budget-Postens, der zweite Teil ist die Werterhaltung des Objektes, welche wieder dem Gesamtbild dienlich ist.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 240-314, baulicher Unterhalt durch Dritte, Kürzung um CHF 165'000, wird mit 20:13 Stimmen abgelehnt.

1.5 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 300-319, Übriger Sachaufwand, Partnerschaften, Kürzung um CHF 15'000, Geschäft 3311

Der Vorsitzende **Beat Meyer** gibt bekannt, dass die Anträge der Postulantin FDP-Fraktion, des Gemeinderates sowie der FIREKO übereinstimmend auf Kürzung der Position um CHF 15'000 lauten.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 300-319, übriger Sachaufwand, Partnerschaften, Kürzung um CHF 15'000, wird mit 32:0 Stimmen gutgeheissen.

1.6 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 300-363, Zweckverbände/Kulturpreis, Kürzung um CHF 9'000, Geschäft 3312

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission ist mehrheitlich der Ansicht, dass diesem Budget-Postulat nicht gefolgt werden soll. Begründung: Die Verleihung des Kulturpreises hat für Allschwil eine grosse Bedeutung und dieser Preis hat Allschwil über die Grenzen hinaus bekannt gemacht.

Dr. Guido Beretta, namens der FPD-Fraktion, will sparen, um eine Steuererhöhung samt Rekorddefizit einzudämmen. Nicht die Vergabe des Kulturpreises an sich soll gestrichen werden, sondern angesichts der desolaten Finanzlage soll die Vergabe um ein Jahr hinausgeschoben werden. Dadurch würde die Kultur in Allschwil nicht abgeschwächt. Hier könne der Sparwille des Rates bewiesen werden. Der Kulturpreis sei zudem nicht das Ereignis, mit welchem die Kultur in Allschwil steht und fällt, vor allem nicht, wenn die entsprechenden Geldmittel fehlen. Er bittet um Zustimmung zum Budget-Postulat 3312.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, empfindet es nicht als ehrlich, wenn nur kleine Beträge eines Bereichs gestrichen werden. Wenn man bei der Kultur sparen will, müssten sämtliche Beträge eines Jahres gestrichen werden.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Die Einsparung von CHF 9'000 würde Allschwil als knausrige Gemeinde erscheinen lassen, die beim geringsten Anlass gerade bei der Kultur zu sparen beginnt. Es sei eine pittoyable Situation, wenn der Rat an solchen Promille-Beträgen sparen will.

Gabriela Spinnler, FDP-Fraktion, rückblickend auf die bereits 1 ½ Stunden andauernde Diskussion: Die FDP-Fraktion hat sich alle Mühe gegeben, beim Budget 2002 einzusparen. Wird jetzt aber bei jedem FDP-Vorstoss kommentiert, es handle sich um „Peanuts“, dann führe dies zu nichts. Es wäre schön, wenn andere Parteien das Budget ebenfalls im Detail anschauen würden.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** bittet um Beibehaltung des diesjährigen Kulturpreises. Man habe sich grosse Mühe gegeben mit der Veranstaltung und den verschiedenen Künstlern, die jeweils sehr aktiv im Bereich Kultur der Gemeinde Allschwil tätig sind. Der Kultur-Förderpreis Allschwil konnte bereits zweimal mangels geeigneter Kandidatur nicht vergeben werden. Dabei wurden Kosten eingespart, aber auch gezeigt, wie seriös eine Preis-Verleihung gehandhabt wird.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Seine Aussage bezüglich „Knausrigkeit“ sei speziell auf die Ausgabe von CHF 9'000 gemünzt gewesen.

Eine Einmischung ins Budget bedeute für ihn, dass man die Verwaltung für unfähig hält, ein Budget zu erstellen und dass der Gemeinderat diese Verwaltung auch noch decke. Wer die Zahlen jedoch genau durchforstet, wird feststellen können, welch schwieriger Prozess die Erstellung eines Budgets ist. Verschiedene Instanzen prüfen den Voranschlag noch vor der Beratung im Einwohnerrat. Das Budget könne nicht einfach unter den Tisch gewischt werden mit der Begründung, es sei fahrlässig. Konkrete Punkte müssen angegangen werden, wenn man sich ins Budget einmischen will.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, nimmt die Kultur sehr ernst, nennt aber als Negativ-Beispiel für Kunstausgaben in Allschwil die „Kunst am Bau“ der neuen Gemeindeverwaltung. Der vorgesehene Kulturpreisträger 2002 habe sicher dafür Verständnis, wenn die Preisverleihung um ein Jahr verschoben wird.

Die zuständige Departementsvorsteherin **Bea Fuchs** möchte nicht als Fernrohr-Gemeinderätin in die Geschichte eingehen und hält aus diesem Grund nochmals fest, dass die „Kunst am Bau“ im neuen Verwaltungsgebäude von einer hochdotierten Jury ausgewählt worden ist, und nicht von ihr alleine.

Gabriela Spinnler, FDP-Fraktion, distanziert sich von der Aussage von Mark Aellen zu ihrem letzten Votum und hält diese für eine Unterstellung. Die FDP-Fraktion hat einen konstruktiven Versuch unternommen, Einsparungen im Budget 2002 einzubringen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, hält die Bemerkung von Mark Aellen für fahrlässig, verlauten zulassen, die FDP-Fraktion würde durch das Unterbreiten von zahlreichen Budgetpostulaten eine ganze Verwaltung für unfähig halten.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion: In Allschwil ist die Kultur in vielen Formen präsent. Nicht zuletzt deshalb sei Allschwil auch in den Medien präsent. Diese Sparmassnahme hält er nicht für sinnvoll. Weiter sei es fehl am Platz, hier im Einwohnerrat die Beleidigten zu spielen. Es gehe darum, eine konstruktive Debatte zu führen.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 300-363, Zweckverbände/Kulturpreis, Kürzung um CHF 9'000, wird mit 24:11 Stimmen abgelehnt.

**1.7 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 340-315, Übriger Unterhalt durch Dritte,
Kürzung um CHF 10'000, Geschäft 3313**

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission lehnt das Postulat einstimmig ab und schliesst sich den diesbezüglichen Erläuterungen des Gemeinderates an.

Namens der Postulantin FDP-Fraktion zieht Gabriela Spinnler das Budget-Postulat 3313 zurück.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 340-315, übriger Unterhalt durch Dritte, Kürzung um CHF 10'000, wird von der Postulantin zurückgezogen.

**1.8 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 359-503.01, Verlegung Familiengärten Baselmattweg,
Kürzung um CHF 80'000, Geschäft 3314**

Der Vorsitzende **Beat Meyer** gibt bekannt, dass die Anträge der Postulantin FDP-Fraktion, des Gemeinderates sowie der FIREKO übereinstimmend auf Kürzung der Position um CHF 80'000 lauten.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 359-503.01, Verlegung Familiengärten Baselmattweg, Investitionsrechnung, Kürzung um CHF 80'000, wird mit 33:0 Stimmen gutgeheissen.

**1.9 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 581-366, Private Haushalte,
Kürzung um CHF 200'000, Geschäft 3315**

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission lehnt dieses Postulat mehrheitlich mit der Begründung ab, dass es sich dabei um reine Kosmetik handeln würde, weil die Sozialausgaben grösstenteils auf gesetzlichen Grundlagen beruhen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, begründet seine Befürwortung des Postulates wie folgt: Der Gemeinderat hat im Budget 2002 gemäss Erläuterungen in dieser Position zusätzliche CHF 200'000 für allfällige Mehrkosten budgetiert. Aufgrund dieser Aussage war die FDP-Fraktion der Meinung, es müssen keine zusätzlichen Polster geschaffen werden. Bis heute war es so, dass der Grundbedarf 1 und 2 nur dann abgedeckt wurde, wenn keine Langfristigkeit absehbar war. (Die regierungsrätliche Verordnung zum neuen Sozialhilfegesetz kenne im Übrigen nur noch einen Grundbedarf.) Für einen 4-köpfigen Haushalt entstehen damit enorme Kosten; CHF 83/Person = CHF 2375 Monat. Werden schon heute zusätzliche CHF 200'000 in dieser Position sichergestellt, bedeutet das zusätzliche Einzelpersonen und Haushalte, die Sozialhilfe in Empfang nehmen werden. Geht man davon aus, dass ab 1.1.2002 das neue Sozialhilfegesetz in Kraft ist und der sogenannte Grundbedarf 2 sofort ausbezahlt werden muss, müssen noch diejenigen Personen dazugerechnet werden, welche bereits Sozialhilfe empfangen, den Grundbedarf 2 jedoch von Juli bis Dezember 2001 noch nicht erhalten haben. Aufgrund dessen scheint es der FDP-Fraktion, dass dieser Grundbedarf 2 einer grossen Anzahl Sozialhilfeempfänger/innen entspricht und es nicht gerechtfertigt wäre, diesen heute schon aufzuwerfen. Bei dieser Rechnung entsteht für einen 4 Personen-Haushalt ein Grundbedarf von

CHF 600/Person/Monat, umgerechnet auf CHF 200'000 würde dies einer grossen Anzahl Sozialhilfeempfänger/innen entsprechen, was nicht stimmen könne. Hanspeter Frey ist der Meinung, dass nicht von vorneherein Polster geschaffen werden, sondern der heutige Betrag eingesetzt werden soll. Würde sich ein zusätzlicher Bedarf an finanziellen Mitteln abzeichnen, soll dieser aufgezeigt werden. Ein solcher wird sich in den Positionen der Laufenden Rechnung niederschlagen.

Zu den Krankenkassenprämien für nicht-fürsorgeabhängige oder -unterstützungsbedürftige Personen: Gemäss Zahlen des Kantons Basel-Landschaft sind seit 1998 Kosten von CHF 4 Mio. entstanden. Umgerechnet auf ca. 260'000 Einwohner/innen ergibt dies CHF 15/Einwohner/in. Nimmt man an, dass 5 % der Allschwiler/innen ihre Krankenkassen-Prämie nicht bezahlen – womit Hanspeter Frey nicht rechnet – würden Kosten von CHF 15'000 – 20'000 anfallen. Hier muss aber erwähnt werden, dass der Kanton Basel-Landschaft mit dem neuen Krankenkassen-Gesetz die CHF 4 Mio. übernehmen und nicht mehr auf die Gemeinden oder die Versicherten abwälzen will. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Gemeinde Allschwil für diese Kosten nicht mehr aufkommen muss.

Der Sprechende bittet die Anwesenden, das Budget-Postulat abzulehnen, damit die CHF 200'000 erst dann im Budget ausgewiesen werden, wenn sie auch tatsächlich notwendig sind.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, redet grundsätzlich zum neuen Sozialhilfegesetz. Der Kanton erhoffe sich davon gewisse finanzielle Einsparungen. Deshalb sei es polemisch, hier von Mehrkosten zu reden. Die SKOS-Richtlinien seien nur Empfehlungen und keine feste Verpflichtung. Auch im neuen Gesetz ist bei schuldhafter Pflichtverletzung eine Kürzung der Sozial-Leistungen vorgesehen. Der Grund für eine Kürzung kann die Verletzung der allgemeinen Auskunft- und Mitwirkungspflicht sein. Die Gemeinde soll den vorhandenen Handlungsspielraum ausnützen. Die SD-Fraktion unterstützt das Budget-Postulat der FDP-Fraktion.

Dr. Anton Lauber, Departementsvorsteher Soziale Dienste, nimmt dazu wie folgt Stellung: Es stimmt nicht, dass der Gemeinderat ein Finanzpolster schaffen will. Quartalsweise wird eruiert, wie sich die Sachlage entwickelt und wie das Budgets eingehalten wird. Daraus ist die Prognose für das Jahr 2002 entstanden, welche zum Betrag in Position 581-366 führte. Die Gemeinde hat bezüglich Sozialhilfe einen gesetzlichen Auftrag, der häufig ändert. Zur Zeit bestehen das alte Fürsorgegesetz und die SKOS-Richtlinien (welche im Kanton BL gemäss Regierungsrats-Verfügung verbindlich sind). Die Sozialen Dienste arbeiten genau nach den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, welche sehr eindeutig sind und mit dem neuen Sozialhilfegesetz noch klarer werden. Die SKOS-Richtlinien werden tatsächlich an Bedeutung verlieren, weil zum neuen Sozialhilfegesetz entsprechende Verordnungen erlassen worden sind, die auf kantonaler Ebene die Details regeln.

Zur Zeit gibt es in Allschwil 297 Unterstützungseinheiten (Familien und Einzelpersonen); die Tendenz ist steigend. Eine frappante Zunahme ist bei den Arbeitslosen festzustellen. Zum Grundbedarf: Bis jetzt gab es einen Grundbedarf 1 und einen Grundbedarf 2. Der Grundbedarf 2 wird erst entrichtet, wenn eine sogenannte langfristige Unterstützung vorliegt. Jedes Jahr muss gesamtheitlich eine Neuberechnung für alle z.Z. 297 Fälle vorgenommen werden. Per 1.1.2002 muss das neue Sozialhilfegesetz auch in Allschwil mittels Verfügung umgesetzt werden, deshalb werden sofort Mehrkosten auf die Gemeinde einbrechen. Der Grundbedarf 1 und 2 sind neu zu einem Grundbedarf zusammengeschmolzen. Deshalb werden die Kosten in der Sozialhilfe gegenüber dem budgetierten Betrag mit Sicherheit zunehmen. Jedoch basieren Voraussagen immer auf Schätzungen, weshalb beim Budgetieren ein Unsicherheitsfaktor besteht. Auf möglichst präzise Budgetierung wird grossen Wert gelegt und Polster werden vermieden.

Es ist selbstverständlich, so weiter Dr. Anton Lauber, dass bei einem Selbst-Verschulden eines Empfängers/einer Empfängerin die Sozialhilfeleistungen gekürzt werden. Neu kann auch der Grundbedarf bis 25% gekürzt werden, was in der Praxis zur Anwendung kommt. Die Sozialen Dienste Allschwil nehmen ihre Aufgabe sehr ernst und arbeiten streng nach den gesetzlichen Richtlinien. Das selbe gilt auch für die Krankenkassen-Prämien. Es sei aber erschreckend, wie viele Personen in Allschwil diese Prämien nicht begleichen. Dies wurde regelrecht zu einem

Sport gemacht. Nach wie vor ist es der Fall, dass die Wohngemeinde gesetzlich verpflichtet ist, eine Prämie zu übernehmen, nachdem sie betrieben wurde. Zur Zeit sieht es so aus, dass der Kanton nur einen Teil dieser Kosten übernimmt, und der andere Teil je nach Situation auf die Gemeinde abgewälzt wird.

Abschliessend hält der gemeinderätliche Sprecher fest, dass im Sozialbereich auf jeden Fall Mehrkosten anfallen werden. Er bittet deshalb, das Budgetpostulat 3315 abzulehnen.

Die Argumente von Anton Lauber haben **Mark Aellen**, SP-Fraktion, überzeugt. Ein Votum habe ihn jedoch gestört: Es sei durchaus kein Sport, Krankenkassen-Prämien nicht zu bezahlen: Versteckte Armut bestehe auch in Allschwil.

Anton Lauber berichtet, dass er nur von solchen Personen gesprochen hat, die über den Sozialhilfeansätzen liegen. Es sei kein einziger Working-poor darunter.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion: Es gehe nicht darum, dass die Gemeinde ihrem gesetzlichen Auftrag nicht mehr nachkommen soll, sondern dass man nochmals „über die Bücher geht“. Von den 297 Einheiten (das Gesetz spricht von Personen) bezieht ein Teil schon den Grundbedarf 1 und 2, nämlich diejenigen, die vor Juli 2001 bereits in diese Kategorie gefallen sind. Neu kommen also nur die Kosten derjenigen von Juli bis Ende Dezember dazu. Geht man von 297 Einheiten aus, könne es nicht stimmen, dass der Betrag von CHF 200'000 dafür berechnet sei, den Grundbedarf 2 für die restlichen 6 Monate 2001 und für die neuen Bezüger/innen ab 1.1.2002 zu decken. Aufgrund von Berechnungen weiss man, dass der Wert für den Grundbedarf 2 im Durchschnitt bei CHF 83 CHF pro Person und Monat liegt. Hanspeter Frey ist nach wie vor der Meinung, dass die CHF 200'000 gekürzt werden können.

In der Verordnung zum Sozialhilfegesetz § 9 sind die Ansätze geregelt. Diese entsprechen genau den SKOS-Richtlinien. Aufgrund dieser Ueberlegungen bittet er nochmals um Zustimmung zur beantragten Budget-Kürzung.

Jan Oppliger, JUMP, empfiehlt, das Budget-Postulat ganz deutlich abzulehnen. Eine Gutheissung würde keinerlei finanzielle Einsparungen bringen. Diese Kosten kommen auf die Gemeinde zu oder nicht. Mit einer Zustimmung würde man eine Budgetüberschreitung riskieren.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält es für selbstverständlich, dass bei den grössten Ausgabe-Posten, wie z.B. die Krankenkassenprämie, gespart wird.

Max Amsler betont als Vertreter der Fürsorgebehörde, dass in diesem Gremium sehr gewissenhaft gearbeitet wird und keine unnötigen Unterstützungen gesprochen werden.

//: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 581-366, private Haushalte, Kürzung um CHF 200'000, wird mit 25:8 Stimmen abgelehnt.

1.10 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 620-501.14, Öffentliche Beleuchtung, Investitionsrechnung Kürzung um CHF 175'000, Geschäft 3316

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission lehnt das Postulat ab. In Allschwil gibt es einige Orte, an welchen die Beleuchtung recht dürftig ist. Er verweist auf die Stellungnahme des Gemeinderates. Im Hinblick auf die Sicherheit der Mitbürger/innen sei man verpflichtet, dieses Postulat abzulehnen.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, berichtet mit Bezug auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage, Geschäft 3306A, dass bei Tranchen à CHF 350'000 die

Umrüstung innert 5 Jahren abgeschlossen wäre, und nicht in 10 Jahren, wie in den gemeinderätlichen Erläuterungen zum Geschäft 3316 versehentlich genannt.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, weist auf die gemeinderätlichen Erläuterungen zu dieser Budget-Position hin, welche aussagen, dass es sich um die 2. Tranche für den Ersatz der Beleuchtung handelt. Der Ersatz an sich sei für die FDP-Fraktion unbestritten, jedoch fragt man sich angesichts der angespannten Finanzlage, ob die 2. Tranche nicht reduziert oder in der Zeit erstreckt werden könnte.

Zur Dauer der Umrüstung berichtet Guido Beretta, dass es bei Gutheissung der Kürzung von CHF 175'000 anstatt der ursprünglichen 5 Jahre insgesamt 8 Jahre dauern würde, bis die gesamte Allschwiler Beleuchtung ersetzt wäre, also 3 Jahre länger. Der Gemeinderat schreibt auch, dass eine Kürzung der Budget-Position den Ersatz der Beleuchtung extrem in die Länge ziehen würde. Für die FDP-Fraktion sei dies kein gültiges Argument. Würde man so argumentieren, wäre die vorgesehene Steuererhöhung von ca. 7 % für den gewöhnlichen Steuerzahler auch enorm.

Der FDP-Sprecher bittet den Rat, den Ersatz der Beleuchtung zeitlich zu erstrecken und folglich die Budget-Position um CHF 175'000 zu kürzen.

Jakob Vogt, CVP/SVP-Fraktion, findet es verantwortbar, 8-10 Jahre mit dem Ersatz zu warten. Seine Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag der FDP.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Letztes Jahr wurde dem Einwohnerrat ein Gesamtkredit von CHF 450'000 für den Beleuchtungsersatz unterbreitet. Es bestehe Erklärungsbedarf, warum der Betrag heute das 4-fache betrage, nämlich CHF 1.9 Mio. Trotzdem unterstützt Mark Aellen den sofortigen Ersatz der Strassen-Beleuchtung.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, stört sich am zu hoch bewerteten Sicherheitsaspekt. Auch Huber-Leuchten würden keine Garantie für Sicherheit bieten. Die SD-Fraktion unterstützt das Budget-Postulat, weil eine Verzögerung bis total 8 Jahre vertretbar sei.

Christoph Morat, SP-Fraktion: Vermehrt wurde heute Abend auch über die Wohnlichkeit Allschwils geredet. Wohnlichkeit mache sich visuell bemerkbar und nicht über eine zusätzliche Steuerbelastung von CHF 20 pro Monat.

Dr. Lukas Rosenthaler, SP-Fraktion: Die Sicherheit kann ein wichtiger Faktor sein bei einem Entscheid für einen Zuzug nach Allschwil, evtl. sogar wichtiger als CHF 300 resp. CHF 600 zusätzliche Steuerbelastung pro Jahr.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, ist unentschieden, erinnert sich aber, dass die beiden Studienpräsentationen vom September 2001 darauf hinwiesen, vermehrt auf die Stimme der Frauen zu hören, weil diese einen anderen Blickwinkel hätten. Er fordert die weiblichen Ratsmitglieder indirekt zu einer Stellungnahme auf.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 620-501.14, öffentliche Beleuchtung, Investitionsrechnung, Kürzung um CHF 175'000, wird mit 19:13 Stimmen gutgeheissen.

1.12 Budget-Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 780-364, Fluglärmbekämpfung, Austritt aus dem Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen, Streichung des Beitrages von CHF 16'000, Geschäft 3318

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission erachtet die Fluglärmbekämpfung als sehr wichtige Aufgabe. Sie plädiert für Ablehnung des Postulates 3318. Falls es abgelehnt

wird, sollte nach Meinung der FIREKO gleichzeitig das Postulat 3317 abgelehnt werden. Dies mit der klaren Bitte an den Gemeinderat, die freiwerdende Summe möglichst effizient für die Fluglärmbekämpfung einzusetzen.

Dieser Kommentar gilt auch für das Budget-Postulat 3317.

Namens der Postulantin FDP-Fraktion hält **Alex Horisberger** Folgendes fest:

Wenn die FDP-Fraktion für die Streichung der CHF 16'000 plädiert, heisst das nicht etwa, dass sie den Fluglärm akzeptiert, sondern dass sie wie alle anderen Parteien den Fluglärm verneint. Die Fraktion fordert aber eine Bündelung der Kräfte. Man ist der Meinung, dass das „Forum Flughafen - nur mit der Region“ der richtige Ansprechpartner in der Region ist und hofft, dass die übrigen Ratsmitglieder dem Postulat zustimmen können.

Olivier Rüegegger, SP-Fraktion, macht deutlich, dass der Flughafen bei jeder solchen Diskussion als lachender Dritte hervorgeht. Er bittet deshalb eindringlich, hier im Rat nicht zwei Verbände gegeneinander auszuspielen, weil dadurch die bestehenden Kräfte geschwächt werden.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Wohnlichkeit in Allschwil: Im Herbst 2001 wurde der Rat von kompetenter Stelle aus ernüchternd darüber informiert, wie es um Allschwils steht und dass Wohnlichkeit und Lebensqualität in Allschwil stark gefördert werden müssen. In Sachen Flugverkehr formuliert das Forum die Interessen der Region und im Schutzverband arbeitet die Gemeinde mit anderen Gemeinden zusammen. Das Forum, das als Interessenvertretung der Allschwiler/innen angesehen wird, ist für den Verbleib der Gemeinde Allschwil im Schutzverband und zudem auch Mitglied desselben. Auch im Rat gäbe es ja verschiedene Fraktionen mit verschiedenen Meinungen, aber mit einem Ziel: Allschwil. Allschwil allein, ohne in der Region eingebunden zu sein, würde nicht mehr ernst genommen und Isolation wäre eine schlechte Taktik. Nur eine Zusammenarbeit mit der Region und anderen Gemeinden bringt Allschwil in dieser Angelegenheit weiter. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass beide Organisationen notwendig sind und lehnt aus diesem Grund das Budget-Postulat ab.

Mark Aellen, SP-Fraktion, kann sich erinnern, dass im Rat bereits mehrmals zum Thema Fluglärmbekämpfung diskutiert worden ist. Ihm fehlt aber eine erhebliche Begründung, weshalb das Forum als geeigneter betrachtet wird, die diesbezüglichen Interessen Allschwils wahrzunehmen. Die Rede ist von einer Bündelung der Kräfte, jedoch handelt es sich um einen unabhängigen Verband, bei welchem kein grundsätzliches Mitspracherecht besteht. Die essentielle Frage lautet: Was ist für Allschwil das Beste?

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass die GPK bereits vor 4-5 Jahren die Rolle der Gemeinde - insbesondere die Rolle der Gemeindepräsidentin im Schutzverband - kritisiert hat. Damals hat der Einwohnerrat diese Kritik nicht sehr ernst genommen, jetzt werden die Folgen davon spürbar. Das Hickhack der letzten Wochen zwischen Schutzverband und Forum hat gezeigt, dass man die Unterstützung von zwei Verbänden endlich stoppen muss. Es trägt nichts zur Fluglärm-Bekämpfung bei, wenn sich die beiden Verbände, die ja das Selbe wollen, bekämpfen. Dem Votum von Olivier Rüegegger, dass dabei der EuroAirport als lachender Dritter hervorgeht, pflichtet er bei. Deshalb bittet er den Rat, dem Budget-Postulat mit der Begründung von Alex Horisberger zu folgen.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, differenziert zwischen den zwei Ebenen Forum und Schutzverband. Der Schutzverband nehme die Interessen der Gemeinden der Region wahr und das Forum soll „die Feuerwehr“ für Allschwil in dieser Angelegenheit sein. Deshalb sei es für ihn klar, dass die Zielsetzungen etwas unterschiedlich sind. Er ist gegen den Austritt der Gemeinde Allschwil aus dem Schutzverband, ist aber gleichzeitig zum Schluss gekommen, dass Allschwil nur noch ordentliches Mitglied sein soll, weil die anderen Gemeinden finanziell unverhältnismässig wenig dazu beitragen.

Der Kredit von CHF 32'000 soll weiterhin im Budget enthalten sein und der Gemeinderat wird sich mit dessen Verteilung auseinandersetzen. Er persönlich empfiehlt, dem Schutzverband nur

noch den ordentlichen Mitgliederbeitrag von CHF 4'000 zuzuteilen und den restlichen Betrag dem Forum zur Vertretung der reinen Allschwiler Interessen zur Verfügung zu stellen. Die umliegenden Gemeinden haben wegen der geringeren Betroffenheit in Sachen Flugverkehr logischerweise weniger Interesse. Er empfiehlt die Ablehnung des Budget-Postulates.

Mark Aellen, SP-Fraktion, empfiehlt dem Rat - mangels Beantwortung seiner Frage bezüglich Begründung des Budget-Postulates - dringendst die Ablehnung des Postulates.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion antwortet darauf wie folgt: Einer der Hauptgründe für die Streichung des Betrages ist, dass der Schutzverband heute nicht mehr die Gemeinden rund um den Flughafen vertritt, zahlreiche Gemeinden sind ausgetreten. Heute vertritt er mehrheitlich Einzelmitglieder. Das Forum ist ganz klar ein Allschwiler Verein.

Christoph Morat, SP-Fraktion, widerspricht diesem Votum vehement und weist auf die wichtige Vorreiterrolle des Schutzverbandes hin. Dieser Verband nütze Allschwil am meisten, weil Allschwil am meisten vom Fluglärm betroffen ist. Er spricht sich für einen grösseren Beitrag aus, dies sei eine Frage des Kosten/Nutzen-Verhältnisses. Die Trennung Allschwil Dorf und Neu-Allschwil möchte er nicht vertieft sehen. Die Annahme des Budget-Postulates würde dem Vorschub leisten, weil Neu-Allschwil weiterhin stark vom Fluglärm belastet und das Dorf entlastet würde. Er bittet um Ablehnung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es gehe um die Interessenvertretung in der ganzen Region, welche mit zwei Verbänden einfacher sei. Zum Austritt der Gemeinde Schönenbuch: Dies sei ein einsamer und unglücklicher Gemeinderatsbeschluss gewesen, welcher an der nächsten Gemeindeversammlung nochmals thematisiert werde.
Zum Votum von Ch. Morat: Es sei nicht so, dass ein Teil Allschwils mehr Fluglärm habe als ein anderer. Das ganze Dorf habe viel Fluglärm und deshalb sei eine gute Zusammenarbeit dringend gefordert.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Den Vorwurf, der Schutzverband vertrete nicht mehr die Allschwiler Interessen, empfindet sie als massiv. Sie weist diesen ganz vehement zurück. Der Schutzverband hat sich in der Vergangenheit in erster Linie und nicht zuletzt für Allschwil eingesetzt. Es treffe zu, dass einige Gemeinden ausgetreten sind, dies aber in einer Zeit, als man generell vermied, sich öffentlich gegen den Flugverkehr auszusprechen. Der kürzliche Austritt von Schönenbuch widerspiegle die Diskussionen des heutigen Abends.
Ruth Greiner betont, dass eine Bündelung der Kräfte auch eine Zusammenarbeit aller Organisationen und der Gemeinde bedeutet. Gerade heute, wo das Thema immer aktueller wird, sind Synergien gefragt und deshalb ist eine Zusammenarbeit an einem Ort, nämlich gemäss dem Willen des Einwohnerrates auf der Gemeindeverwaltung, sinnvoll.
Namens des Schutzverbandes weist sie nochmals den Vorwurf zurück, der Schutzverband habe gegen die Interessen Allschwils gearbeitet. Sie verweist diesbezüglich auf das Schreiben des Schutzverbandes an alle Ratsmitglieder vom Dezember 2001.
Sie bittet um Ablehnung des Budget-Postulates.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, betont, dass es ihm nicht darum geht, die Mitsprache von der Beitragshöhe abhängig zu machen. Sowohl die Mitgliedschaft als auch die Grössenordnung sei wichtig. Deshalb würden zwei Ebenen, Schutzverband und Forum, gebraucht.

Alex Horisberger modifiziert namens der Postulantin FDP-Fraktion den Antrag des Budget-Postulates wie folgt:
„Die Mitgliedschaft im Schutzverband von CHF 4'000 soll bestehen bleiben.“

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, erachtet den Betrag von CHF 16'000 in Anbetracht der möglichen Auswirkungen des Flugverkehrs für Allschwil als lächerlich.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, korrigiert die frühere Aussage von Gemeindepräsidentin Ruth Greiner, der Beitrag Allschwils an den Schutzverband habe immer CHF 16'000 betragen. Dieser habe sich ursprünglich aus CHF 4'000 Mitgliederbeitrag und CHF 4'000 Betriebskostenbeitrag zusammengesetzt, zusätzlich wurden die Kosten für die Sekretariatsarbeit von der Gemeinde getragen. Es war Hanspeter Frey nicht möglich, diesen Satz zu quantifizieren. Weil das ganze Dossier Fluglärm neu von der Abteilung Umwelt bearbeitet wird, würden auch die CHF 12'000 Betriebskosten nicht mehr benötigt. Er bittet um Zustimmung zum modifizierten Postulat. Damit bleibe Allschwil weiterhin Mitglied in beiden Organisationen.

://: Das modifizierte Budget-Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 780-364, Fluglärmbekämpfung, Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen, Streichung des Beitrages von CHF 12'000, wird mit 18:15 Stimmen abgelehnt.

1.11 Budget-Postulat von Felix Mensch und Jean-Jacques Winter betreffend Pos. 780-301, Schaffung einer Geschäftsstelle (40%) zur Sicherstellung und Weiterführung der Arbeit im Bereich „Allschwil und Luftverkehr“, Geschäft 3317

Der Vorsitzende **Beat Meyer** teilt mit, dass die beiden Postulanten Jean-Jacques Winter und Felix Mensch eine Aenderung im Antrag des Postulates unterbreitet haben. Dieser neue Antrag liegt schriftlich vor und lautet wie folgt:

Aenderung Postulat 3317 betreffend Position 780-301

Antrag: Fr. 20'000 als Fonds für die durchzuführenden Aktivitäten des Schutzverbandes und des Forums für unsere Wohngemeinde Allschwil.

- *Oeffentliche Veranstaltungen*
- *Räumlichkeiten*
- *Informationen / Plakatwände*
- *Verkehrsregelung*

Als Postulant begründet **Jean-Jacques Winter** den geänderten Antrag des Postulates mit der neuen Situation. Er sei zum besseren Verständnis und basierend auf anderen, neuen Hintergründen entstanden.

Allschwil verfügt über zahlreiche Vereine, welche die Gemeinde über die Grenzen hinaus bekannt machen. Sie fördern die Qualität der Gemeinschaft. Alle diese Vereine haben die Möglichkeit, bei der Gemeinde finanzielle Unterstützung für Projekte oder Unterstützung mittels Infrastruktur für durchzuführende Veranstaltungen zu erhalten, wie z.B. für die Fasnacht, den Chlauselauf, etc. Die Idee der Postulanten ist folgende: Wenn z.B. das Forum, welches in der Vergangenheit sehr gute regional bekannte Veranstaltungen durchgeführt hat, eine neue Aktivität plant, benötigt diese Organisation die Unterstützung der Gemeinde. Kein Verband, der in Allschwil etwas organisieren will, kann dies selbstständig tun. Dafür sollte ein Fonds eingerichtet werden, durch welchen Leistungen der Gemeinde für die beiden Organisationen Schutzverband und Forum abgegolten werden können. Entsprechende Beispiele werden auf dem neuen Antrag zum Postulat 3317 genannt. Jean-Jacques Winter hält fest, dass keine Beträge ausgeschüttet werden sollen.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion: Die Kosten für Leistungen, welche die Gemeinde für eine derartige Aktivität erbringen kann, sollen durch diesen Fonds gedeckt werden können. Im regulären Fall würde die Gemeinde z.B. für eine Saalbenützung Rechnung stellen. Sodann sollte die Abteilung Finanzen den Betrag direkt diesem Fonds belasten können. Allfällige Aktivitäten können so finanziell abgesichert werden.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, hält fest, dass im vorliegenden Budget-Postulat 3317 nur von Stellenprozenten gesprochen wird. In ein Budgetpostulat gehöre aber ein Franken-Betrag. Der neue Antrag wurde erst nachträglich eingereicht. Das erste Postulat 3317 sei für ihn verbindlich. Wird nun dem neuen Antrag Folge geleistet, würden insgesamt CHF 52'000 gesprochen (CHF 32'000 ex Budget-Postulat 3318, CHF 20'000 ex Budget-Postulat 3317). Die FDP-Fraktion kann dem nicht zustimmen. Es handle sich dabei erstens um einen Formfehler und zudem sei der Betrag von CHF 52'000 für die Fraktion zu hoch.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** bestreitet den Formfehler. Gemäss Auskunft der Landeskanzlei BL sind Änderungen auch in Budgetpostulaten wie im vorliegenden Fall möglich. In Geschäft 3317 sei eine Modifikation des Antrages – und nicht der Begründung oder der Budget-Position – erfolgt und auch zulässig.

Christoph Morat, SP-Fraktion, äussert sich im selben Sinn. Auch A. Horisberger habe im zuvor beratenen Budgetpostulat 3318 seinen Antrag abgeändert. Er bittet diesen, aus Gründen der Fairness nochmals darüber nachzudenken.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hält den Postulanten zugute, dass diese die Unsinnigkeit eingesehen haben, jetzt eine Personenaufstockung zu verlangen. Sie haben sich fähig gezeigt, sich der Situation anzupassen und einen Geldbetrag zu verlangen, bevor die Angelegenheit im Rat diskutiert wurde. Die Postulanten waren in der Lage zu erkennen, dass ihre ursprüngliche Forderung nicht adäquat war. Der Sprechende findet die Begründung von O. Rüeeggler zutreffend, dass Allschwil das Risiko läuft, bei einer Zunahme des Flugverkehrs an Wert zu verlieren. Dies sollte dem Rat jetzt eine Investition wert sein und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt, wie dies betreffend Unterhalt der Schulhäuser heute Abend bereits diskutiert worden ist. Er bittet um Unterstützung des modifizierten Antrages.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion: Betrachtet man das Budget 2002, sollte diese Debatte eine Sparrunde sein, und nicht wie jetzt genau das Gegenteil.

://: Das modifizierte Budget-Postulat von Felix Mensch und Jean-Jacques Winter betreffend Pos. 780-318, CHF 20'000 als Fonds für die durchzuführenden Aktivitäten des Schutzverbandes und des Forums für unsere Wohngemeinde Allschwil, wird mit 21:11 Stimmen gutgeheissen.

1.13 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 790-318, Dienstleistungen und Honorare, Kürzung um CHF 40'000, Geschäft 3319

Robert Richner, namens der Postulantin FDP-Fraktion, reduziert die beantragte Kürzung auf CHF 10'000.

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler** verzichtet auf einen mündlichen Kommentar.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** stellt fest, dass damit die Anträge der Postulantin FDP-Fraktion, des Gemeinderates sowie der FIREKO übereinstimmend auf Kürzung der Position um CHF 10'000 lauten.

Mark Aellen, SP-Fraktion, bedauert das offensichtliche Ziel des Einwohnerrates zu sparen, „koste es, was es wolle“. Er ist entsetzt, versteht aber auch den Sparwillen. Er ist für Ablehnung des Postulates.

://: Das modifizierte Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 790-318, Dienstleistungen und Honorare, Kürzung um CHF 10'000, wird mit 24:6 Stimmen gutgeheissen.

**1.14 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 020-503.03, Gemeindebauten, Investitionsrechnung,
Kürzung um CHF 122'000, Geschäft 3320**

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission lehnt das Budget-Postulat ab. Im Vordergrund stehe die Schaffung von Parkplätzen, um für die Villa Guggenheim einen möglichst solventen Mieter zu finden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, zitiert die gemeinderätlichen Budget-Erläuterungen und gibt seine Sicht der Sachlage wie folgt: Es spricht nichts gegen einen sauberen Rückbau des Steuer-Pavillons. Die Schaffung der Parkplätze wird ebenfalls befürwortet. Aber eigene Berechnungen für diese Arbeiten haben Kosten von ca. CHF 35'000 ergeben. Der Parkplatz mit 15 neuen Plätzen (500m²) zu einem Einheitspreis von CHF 100/Platz ergibt total CHF 50'000, also insgesamt einen Betrag CHF 85'000. Geht man davon aus, dass noch zusätzlich CHF 15'000 für Planungsarbeiten aufgebracht werden müssen, so ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass ein Betrag von CHF 15'000 genügt. Sollte sich ein solventer Mieter finden, kann man über die Instandsetzungsmassnahmen zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren. Vielleicht ist ein zukünftiger Mieter auch bereit, für die Instandstellung selber aufzukommen. Um die Planung zu initiieren, reichen CHF 15'000 aus. Nach dieser Phase soll der Gemeinderat eine detaillierte Vorlage als klare Diskussionsgrundlage unterbreiten. Zum heutigen Zeitpunkt sind CHF 122'000 für die Planung zu hoch.

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung **Roman Meury**: Auf dem Geviert Gemeindeverwaltung/Post/Polizei BL/Villa Guggenheim besteht Bedarf für 24 Parkplätze. Diese müssen zusammen mit dem Rückbau des Pavillons realisiert werden. Er geht mit Hp. Frey einig, dass es verschiedene Möglichkeiten für die Verwendung des alten Verwaltungsgebäudes gibt. Sollte ein Mieter gefunden werden, der die Instandstellung selber übernimmt, wird dieser Teil des Budgets nicht beansprucht. Es könnte sich aber auch die Situation ergeben, dass die Gemeinde eine Planung für den Umbau realisieren oder dass eine sanfte Renovierung auf Kosten der Gemeinde realisiert werden muss. Für diese Situationen soll der Betrag von CHF 122'000 zur Verfügung stehen. Es sind keine reinen Planungskosten. Stimmt der Rat dem Budget-Postulat zu, so wird der Pavillon vorderhand stehen bleiben und die Parkplätze können nicht realisiert werden.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, empfiehlt dem Gemeinderat dringend, zuerst einen Mieter für die Villa Guggenheim zu finden und aus Vernunftgründen erst dann die Realisierung des Rückbaus und der Parkplätze anzugehen.

Mark Aellen, SP-Fraktion, hat ein prinzipielles Problem mit den erwähnten Parkplätzen (nicht mit dem Rückbau). Er gibt zu bedenken, dass im genannten Geviert ein generelles Parkplatzproblem besteht. Gleichzeitig existiert auch noch das Coop-Projekt Wegmatten mit unterirdischem Parkhaus. Diese beiden Planungen müssen in einen Zusammenhang gebracht werden. Er votiert für die Kürzung dieser Budget-Position.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, sieht nicht ein, warum der Rückbau des Pavillons nicht ohne die Planung der Villa Guggenheim-Instandstellung in Angriff genommen werden kann.

Gemeinderat **Roman Meury** korrigiert die gemachten Aussagen wie folgt: Die Anzahl Parkplätze ist vorgeschrieben aufgrund der Anzahl Beschäftigten der betroffenen Betriebe. Auf andere Projekt zu warten wäre falsch. Die Parkplatzbedürfnisse können nicht mit dem Coop-Projekt abgedeckt werden. Was die Villa Guggenheim anbelangt, verweist er auf die drei bereits genannten Nutzungsvarianten und hält fest, dass bereits Mietinteressenten vorhanden sind, die daran interessiert sind, das Gebäude raschmöglichst zu übernehmen.

Jan Oppliger, JUMP: War der Abriss des Pavillons und das Einrichten der Parkfelder Bestandteil der Abstimmungsvorlage zum Gemeindezentrum? Der **Gemeinderat** bejaht.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 020-503.03, Gemeindebauten, Investitionsrechnung, Kürzung um CHF 122'000, wird mit 22:11 Stimmen gutgeheissen.

**1.15 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos. 113-506.01, Radaranlage, Investitionsrechnung,
Streichung der gesamten Position von CHF 35'000, Geschäft 3321**

Der Vorsitzende **Beat Meyer** hält fest, dass die Anträge der Postulantin FDP-Fraktion, des Gemeinderates sowie der FIREKO übereinstimmend auf Kürzung der Position um CHF 35'000 lauten.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos. 113-506.01, Radaranlage, Investitionsrechnung, Streichung der gesamten Position von CHF 35'000, wird mit 34:0 Stimmen gutgeheissen.

**1.16 Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend
Pos 113-506.02, Patrouillenfahrzeug, Investitionsrechnung,
Streichung der gesamten Position von CHF 35'000, Geschäft 3322**

FIREKO-Präsident **Dr. Lukas Rosenthaler**: Die Kommission empfiehlt die Ablehnung des Postulates.

Alice Märky, namens der Postulantin: Die FDP-Fraktion ist nicht gegen ein neues Patrouillenfahrzeug für die Gemeindepolizei, empfiehlt aber angesichts der desolaten Finanzlage, die Anschaffung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Mark Aellen, SP-Fraktion, unterstützt diesen Antrag. Dringlichkeit sei, ähnlich wie beim Antrag für ein neues Feuerwehrfahrzeug, nicht gegeben. Es fehlt an Erklärungen, warum die Anschaffung unbedingt notwendig ist.

://: Das Budget-Postulat der FDP-Fraktion betreffend Pos 113-506.02, Patrouillenfahrzeug, Investitionsrechnung, Streichung der gesamten Position von CHF 35'000, wird mit 28:2 Stimmen gutgeheissen.

173 07.010 Budget

2. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Voranschläge für das Jahr 2002, Geschäft 3294/A

- 2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse**
- 2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2002**
- 2.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2002**
- 2.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2002**

Der Vorsitzende **Beat Meyer** schlägt folgendes Vorgehen die Beratung dieses Geschäftes vor:

1. Bericht der FIREKO
2. Votum des Gemeinderates
3. Eintretensdebatte des Rates
Auf eine ausführliche Detailberatung soll verzichtet werden.
4. Debatte über den Steuerfuss

Beat Meyer beantragt zudem, die gemeinderätlichen Anträge zu Geschäft 3294 in folgender Reihenfolge zur Abstimmung zu bringen:

1. Anträge 2 – 6
2. Antrag 1

- TIME OUT -

://: Die Fraktionen stimmen diesem Vorgehen stillschweigend zu.

FIREKO-Kommissionspräsident **Dr. Lukas Rosenthaler** äussert sich dahingehend, dass sich das Budget 2002 für die FIREKO als Knacknuss erwies. Die Kommission habe zahlreiche Sitzungen mit der Beratung desselben verbracht, und das Resultat sei nicht erfreulich. Er zitiert aus der Basler Zeitung vom 10.12.1999: „Bereits beim Budget pro 2000 und dann wieder beim Finanzplan 2000 – 2003 prognostizierte FIREKO-Präsident Lukas Rosenthaler aufgrund einer Ueberprüfung mit Fachleuten düstere Wolken an Allschwils Finanzhimmel“. So stelle die heutige finanzielle Situation also offensichtlich keine Ueberraschung dar. Sparen ohne Konzept führe jedoch zu einem unkontrollierten Leistungsabbau. Deshalb fordert die FIREKO, dass der Gemeinderat mit dem Einwohnerrat im Jahr 2002 ernsthaft über sinnvolle Sparmassnahmen diskutiert. Der detaillierte Bericht 3294A sowie die Bildschirm-Präsentation zum Bericht liegen diesem Protokoll bei und bilden integrierten Bestandteil desselben.

Dr. Leo Zehnder, Departementsvorsteher Finanzen, dankt dem FIREKO-Präsidenten für seine Ausführungen und schliesst sich dessen Aeusserungen betreffend Finanzsituation an. Er gibt bekannt, dass sich die laufende Rechnung um CHF 497'000 und das Defizit des Voranschlages 2002 als Folge der überwiesenen Budget-Postulate auf CHF 843'300 (inkl. Abzug für Abschreibung des Feuerwehr-Fahrzeuges CHF 22'000) reduziert hat. Die Investitionen, mit CHF 4.833 Mio. veranschlagt, sind auf CHF 4.386 Mio. gekürzt worden, zusätzlich können CHF 220'000 für das nicht bewilligte Feuerwehrfahrzeug abgezogen werden, d.h. neu weist die Investitionsrechnung CH 4'166'000 aus.

Wie gewohnt unterbreitet der Finanzvorsteher eine Schätzung der Rechnung 2001, verglichen mit dem Budget 2001 (Beilage). Beim Betrachten der Zahlen stellt man fest, dass es wenig Positionen gibt, auf die man massiv einwirken kann (z.B. Personalaufwand, Beiträge an Organisationen). Die Beiträge an Bund und Kanton sind gegeben, ebenfalls diejenigen für das Sozialwesen. Die Erwartungen bezüglich Einnahmen durch die einjährige Steuerveranlagung waren zu positiv. Deshalb wird das budgetierte Defizit von 1.6 Mio. wahrscheinlich zutreffen, eher noch übertroffen. Der Finanzchef gibt zu verpasst zu haben, bereits für die Budgetierung 2001 eine Steuererhöhung zu beantragen.

Der Finanzplan geht von Steuereinnahmen auf einem Satz von 58 % aus (Beilage). Dieser Plan kann nicht umgesetzt werden, wenn der Rat dem Antrag des Gemeinderates auf Steuererhöhung heute Abend nicht zustimmt. Mit einer Zustimmung ist absehbar, dass die Gemeindefinanzen mittel- und langfristig wieder ins Lot kommen. Aus heutiger Perspektive könnte man sogar daran denken, die Schuldenbelastung bis ins Jahr 2006/2007 etwas abzubauen, wie dies von einzelnen Ratsmitgliedern immer wieder gefordert wird.

Wird mit 57 % Steuereinnahmen gerechnet, müssten in den nächsten Planjahren massive Defizite ausgewiesen werden: Eigenkapital fehlt, die Bilanz weist Fehlbeträge auf.

Wird der Steuersatz von 58 % heute nicht beschlossen, wird Allschwil bereits im Jahr 2002 einen Bilanzfehlbetrag von CHF 1'074'000 ausweisen müssen. Wartet man zu, wird die selbe Diskussion nächstes Jahr wieder geführt werden müssen. Und vielleicht reichen dann 58 % Steuereinnahmen nicht mehr aus.

Dr. Leo Zehnder bittet den Rat eindringlich, aufgrund seines Verantwortungsbewusstseins die Steuererhöhung auf 58 % gutzuheissen.

EINTRETENSDEBATTE

Alex Horisberger, namens der FDP-Fraktion, beantragt Nicht-Eintreten und weist das Budget zur Ueberarbeitung an den Gemeinderat zurück. Die Fraktion hat ihre Hausaufgaben gemacht und Sparvorschläge unterbreitet. Er erwartet, dass der Gemeinderat nun das Selbe tut. Zudem werden als Folge des geringeren Teuerungsausgleiches CHF 260'000 frei. Zuzüglich der CHF 800'000 können also mehr als CHF 1 Mio. eingespart werden. Es steht ausser Zweifel, dass die Steuerzahlenden von einer Steuererhöhung enttäuscht wären. Der Gemeinderat hat versprochen, dass durch den Verwaltungsneubau keine Steuererhöhung notwendig wird. Jetzt hingegen werden Abschreibungen von CHF 1.2 Mio. ausgewiesen. Der Sprechende schlägt vor, beim Finanzvermögen finanzielle Mittel frei zu machen, z.B. durch den Verkauf von unattraktiven Liegenschaften oder Grundstücken, die in der Vergangenheit zu günstigen Konditionen vom Gemeinderat erworben wurden. Alex Horisberger betrachtet das Finanzvermögen als stille Reserve, die angegriffen werden könnte. Weiter erkundigt er sich nach den gemeinderätlichen Aktivitäten in Sachen Wirtschaftsförderung. Die Allschwiler Wirtschaftsförderung scheint zu schlummern, denn der Einwohnerrat wurde nicht mehr darüber informiert. Eine letzte Frage gilt der Uebernahme der Sekundarschulhäuser durch den Kanton Basel-Landschaft. Gibt es Möglichkeiten, dort zu zusätzlichen Einnahmen zu kommen? Die FDP-Fraktion lehnt eine Steuererhöhung ab, weil sie im heutigen Zeitpunkt nicht opportun wäre. Deshalb bittet Alex Horisberger um Rückweisung des Budgets 2002.

Olivier Rügsegger, namens der SP-Fraktion, ist für Eintreten. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass das Sparpotenzial bereits ausgeschöpft ist. Die Sparvorschläge der FDP vergleicht er mit dem Verkauf des Familiensilbers, und dies komme einer Notlösung gleich, die wiederum dem Abwenden der Fremdverwaltung entspreche. Jetzt werden 58 % Steuereinnahmen benötigt. O. Rügsegger bereitet es keine Mühe, dies gegenüber dem Steuerzahlenden zu vertreten.

Kurt Kneier, namens der CVP/SVP-Fraktion, ist für Eintreten auf das Budget 2002. Die Fraktion steht zum erhöhten Steuerfuss von 58 %. Er gibt bekannt, dass die CVP/SVP-Fraktion eine namentliche Abstimmung über den Steuersatz beantragt hat. Das vorliegende Budget habe keine Polster und es gäbe noch zahlreiche Unbekannte, weshalb er sich vehement gegen einen Substanzverkauf wehr, um die Laufende Rechnung zu decken. Er bitte eindringlich, dem Steuerfuss von 58 % zuzustimmen.

Peter Humbel, SP-Fraktion, ist für eine Steuererhöhung, weil seine Fraktion konsequent und ehrlich ist. Die SP kann den Wählern/Wählerinnen mit gutem Gewissen in die Augen schauen, weil sich genau diejenigen Personen, die sich vor einigen Jahren für eine Steuersenkung eingesetzt haben, heute die damalige Fehleinschätzung verurteilen. Er ist sich bewusst, dass eine Steuererhöhung vordergründig immer unangenehm ist, jedoch lasse die Sozialverantwortung keine andere Wahl.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion: Nicht der Steuerzahlende, sondern der Gemeinderat ist für die aktuelle finanzielle Situation Allschwils verantwortlich. Er ist klar gegen eine Steuererhöhung. Die Entwicklung bis zum Jahr 2003 ist noch nicht absehbar. Ohne Steuererhöhung muss jetzt das Beste aus der Situation gemacht werden. Durch eine Erhöhung der Steuereinnahmen würden lediglich neue Begehrlichkeiten geweckt. Er fordert sowohl den Gemeinderat als auch den Einwohnerrat zu Sparmassnahmen auf. Bei einer Steuersatzerhöhung auf 58 % sieht er für das Projekt Coop Wegmatten schlechte Chancen. Die SD-Fraktion weist das Budget zurück und beantragt Beibehaltung des heutigen Steuersatzes von 54,24 %.

Mark Aellen, SP-Fraktion, zeigt anhand eines Vergleichs des Finanzplans mit dem Budget 2002 auf, warum auf den Voranschlag 2002 eingetreten werden *muss*. Der Vergleich zeigt,

dass es dem Gemeinderat gelungen ist, den finanziellen Rahmen bis auf 2 Positionen (Personalaufwand, eigene Beiträge an Kanton) einzuhalten. Bei diesen Posten ist die mögliche Einflussnahme gering. Durch die Steuererhöhung versucht der Gemeinderat, dieses Defizit auszugleichen. Denn der einzige beeinflussbare Betrag, der sich steigern lässt, sind die Steuereinnahmen.

Auch die Investitionen steigen an, und dort würden Budgetkürzungen den Votanten ganz besonders schmerzen. Aus dem neuen Finanzplan 2003-2007 wird ersichtlich, dass das Investitionsvolumen insgesamt um CHF 10 Mio. zugenommen hat. Diese Investitionen müssen unbedingt abgedeckt werden. Es sollen keine kurzfristigen Sparmassnahmen realisiert werden, sondern der Finanzplan muss nach Einsparungen durchsucht werden. Trotzdem bleibt die Tatsache, dass die Ausgaben, welche auf einem Standard-Level sind, ohne Steuererhöhung nicht gedeckt werden können.

Der Gemeinderat liefert mit Beilage 4 zum Bericht 3294 klare Zahlen, dass Allschwil bezüglich Steuersatz im guten Mittelfeld liegt. Der Kommentar zur Rechnung 2000, Entwicklung der Schulden, zeigt auf, dass die Allschwiler Bevölkerung seit 1991 langsam aber stetig abnimmt, was ungefähr mit der Steuersenkung von 1990 korreliert. Also kann bei einer Steuer-Senkung nicht automatisch mit einer Attraktivitätssteigerung gerechnet werden.

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** zum Votum von Bruno Steiger: Ohne Steuererhöhung kann das Coop-Projekt nicht realisiert werden, weil dafür dann die finanziellen Mittel fehlen. Er unterstreicht, dass die Steuererhöhung nicht wegen dem Verwaltungsneubau nötig wurde. Diese finanzielle Situation ist durch andere Umstände entstanden.

Zum Antrag auf Nichteintreten auf das Budget 2002 der FDP-Fraktion: Leo Zehnder bittet den Einwohnerrat eindringlich, heute Abend einen Steuersatz zu beschliessen, ansonsten kann die Gemeinde für das Jahr 2002 keine Steuerrechnungen ausstellen. Gemäss Auskunft der Landeskanzlei BL muss heute Abend auf jeden Fall ein Steuersatz beschlossen werden. Im Weiteren warnt Gemeinderat Zehnder davor, das Finanzvermögen anzugreifen. Dies sei nur ein kurzfristiges Mittel. Ein Defizit von CHF 3.5 Mio. im Jahr 2003 lässt keine Hoffnung auf Verbesserung der finanziellen Situation innert einem Jahr zu.

Betreffend Wirtschaftsförderung: Nahezu in jeder Sitzung berät der Gemeinderat Massnahmen zur Wirtschaftsförderung. Diese schlummert keineswegs.

Betreffend Sekundar-Schulhäuser: Die Gemeinde Allschwil ist als Pilotgemeinde ausgesucht worden, um die Uebergabe sämtlicher Sekundarschulhäuser an den Kanton einzuleiten. Ernst Wyden, ehemaliger Hauptabteilungsleiter Finanzen, wurde vom Gemeinderat beauftragt, die Kosten für die Allschwiler Sekundarschulhäuser zu berechnen. Einnahmen sind in diesem Bereich zwar zu erwarten, jedoch nicht in Millionenhöhe.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, stellt was folgt richtig: Er habe nicht behauptet, die Wirtschaftsförderung werde nicht gepflegt, sondern gesagt, dass der Einwohnerrat nicht darüber informiert wird.

Zum Votum von Kurt Kneier: Es ist nicht Sache des Gemeinwesens, sich auf dem Immobilienmarkt zu betätigen. Es sollen lediglich gewisse unattraktive Grundstücke oder Liegenschaften freigegeben werden.

Der Sprechende hält es für die Pflicht des Gemeinderates, das Budget nochmals zu beraten und dieses zu kürzen. Er ist bereit, aus Spargründen auf gewisse Dienstleistungen des Gemeinwesens zu verzichten. Auch die Gebühren zählt Alex Horisberger zu den Steuern. Diese sind kostendeckend zu gestalten (Abfall, Wasser, Hunde).

An Finanzchef Dr. Leo Zehnder richtet A. Horisberger folgende Frage: Anlässlich der Fragestunde vom 17. Oktober 2001 äusserte sich der Finanzvorsteher dahingehend, dass eine Steuererhöhung in modifizierter Form denkbar wäre. Was ist damit gemeint?

Dr. Leo Zehnder: Wird heute Abend vom Einwohnerrat der bisherige Steuersatz von 54,24% beschlossen (weil ein Steuersatz festgelegt werden *muss*), müsste schweren Herzens ausgelotet werden, ob auch ein Steuersatz von 57 % in Frage kommt. In jedem Fall muss ein Satz beschlossen werden, der den Gegebenheiten entspricht, und dieser liegt für Leo Zehnder definitiv bei 58 %. Wird kein Steuersatz beschlossen, gilt nicht automatisch der heute gültige von 54.24 %.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, vertritt die Minderheitsmeinung seiner Fraktion. Er stellt fest, dass das Thema Steuererhöhung in Allschwil bis vor einigen Monaten öffentlich noch tabu war. Auch bei der Behandlung der Rechnung 2000 wurde diese Möglichkeit seitens Gemeinderat nicht erwähnt. Die beantragte Steuererhöhung sieht er in Zusammenhang mit der neuen Gemeindeverwaltung und der Zeitpunkt dafür sei mehr als ungünstig. Nebst dem vermisst er den wirklichen Sparwillen des Gemeinderates und des Einwohnerrates. Im Gegensatz zu Alex Horisberger empfiehlt er, zu Beginn des Jahres 2002 Vertretungen des Einwohnerrates und des Gemeinderates am „Runden Tisch“ zu vereinen, damit gemeinsam nach Möglichkeiten für Einsparungen gesucht und in der Folge dem Einwohnerrat ein mehrheitsfähiges Resultat vorgelegt werden kann. Kommt man gemeinsam zum Schluss, dass keine zusätzlichen Einsparungen möglich sind, könne man auch mit gutem Gewissen einer Steuererhöhung zustimmen. Die jetzt beantragte Steuererhöhung sei ihm zu salopp, der Sparwille fehle und sie sei nicht früh genug angekündigt worden, um seriös nach Sparmassnahmen zu suchen. Gemäss Ivo Corvini würden die von der FDP vorgeschlagenen Massnahmen nicht zum gewünschten Ziel führen.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** weist darauf hin, dass der Sparwille des Gemeinderates deutlich dokumentiert ist. Allen Seiten sei klar, dass gespart werden müsse. Dazu werden jedoch detaillierte Unterlagen benötigt, welche *Allwo* liefern kann. Zudem seien politische Entscheide im Rat fällig, die einschneidende Auswirkungen haben werden. Dafür wird eine saubere Grundlage benötigt, die nicht bis anfangs Januar geschaffen werden kann. Diese Diskussion müsse auch dann geführt werden, wenn die Steuererhöhung beschlossen wird. Die Gemeindepräsidentin bittet die Ratsmitglieder, der Steuererhöhung auf 58 % zuzustimmen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, bittet das Büro des Einwohnerrates darüber Nachzudenken, ob es nicht sinnvoll wäre, die Budget-Debatte im nächsten Jahr auf zwei Sitzungen zu verteilen. Weiter fragt er sich, ob es seitens Gemeinderat taktisch geschickt sei, an der Steuererhöhung auf 58 % in jedem Fall festzuhalten.

Seiner Meinung nach *gibt* es Gründe, die für eine Steuererhöhung sprechen. Diese liegen aber ausserhalb unserer Einflussmöglichkeiten. Die vom Finanzvorsteher genannten Gründe sind seiner Meinung nach nicht zwingend, um den Steuersatz auf 58 % anzuheben. Der Gemeinderat müsste so flexibel sein, mit dem Rat ehrlich über die Schallgrenze (55 %, 56 %, 56,5 % oder 57 %) zu diskutieren. Eine Steuererhöhung generell abzulehnen, erachtet er als ebenso schädlich wie das Festhalten am Satz von 58 %. Dem Zeitdruck und den gemeinderätlichen Begründungen nach zu schliessen, könnte der Eindruck der Erpressung entstehen.

Für **Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, ist klar, dass bei Steuererhöhungen sehr verschiedene Meinungen aufeinander prallen. Er habe sich vehement für die letzte Steuersenkung eingesetzt, dies mit dem Hinweis, dass bei einem höheren Einnahmenbedarf auch der Steuersatz wieder erhöht werden muss. Der Diskussion um eine Steuererhöhung müssen die heute gültigen Zahlen zugrunde liegen. Deshalb befürwortet er die Erhöhung des Steuersatzes und sieht deren Notwendigkeit.

Dr. Lukas Rosenthaler, als Präsident der FIREKO: Der von Ivo Corvini vorgeschlagene „Runde Tisch“ sei eine gute Idee, jedoch existiere ein solches Gremium bereits in Form der einwohnerrätlichen Finanz- und Rechnungsprüfungskommission. Die Kommission wird in Zukunft das Detailbudget verlangen, um Sparmöglichkeiten zu prüfen. Die FIREKO hat den Steuerfuss 58 % ebenfalls diskutiert und ist mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass er notwendig, wenn nicht sogar zu tief, ist.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion: Nicht die FIREKO soll die Voranschläge für das Jahr 2002 überarbeiten und kürzen. Diese hatte bereits bei der Vorberatung des Geschäftes 3294 dazu Gelegenheit, hat diese aber nicht durch entsprechende Budget-Postulate wahrgenommen. Der Runde Tisch ist als neues Gremium mit Vertretungen des Einwohnerrates und des Gemeinderates gedacht.

Christoph Morat, SP-Fraktion, sieht die Schallgrenze für eine Steuererhöhung bei ca. 60 %. Diese werde wohl nächstes Jahr diskutiert werden müssen, falls jetzt der Steuersatz nicht auf 58 % erhöht wird. Eine Steuererhöhung sei ein absolutes Muss. Ein guter Volksvertreter muss dem Steuerzahlenden dies bei Bedarf auch erklären können.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, hat in den vergangenen 5 Stunden Debatte noch keinen konkreten oder ergiebigen Sparvorschlag vernommen, der einen Steuerfuss von nur 56 % oder 57 % rechtfertigen würde. Er dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Budgeterstellung. Den Steuersatz von 58 % könne er mit gutem Gewissen vertreten.

Dr. Leo Zehnder versichert, dass es selbstverständlich nicht in seiner Absicht lag, eine Drohung oder Erpressung auszusprechen. Weil eine umfangreiche und komplizierte Budget-Debatte abzusehen war, kontaktierte der Gemeinderat die zuständigen kantonalen Stellen bezüglich dem Vorgehen. Dabei wurde klar, dass ein Steuersatz beschlossen werden muss, damit eine rechtliche Grundlage für die Steuerrechnungen gegeben ist.

://:

Mit 22:12 Stimmen wird Eintreten auf Geschäft 3294 beschlossen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden **Beat Meyer** wird auf die Detailberatung des Budgets 2002 verzichtet.

Abstimmung über gemeinderätliche Anträge gemäss Bericht 3294 (Seite 17)

Antrag 2

Auf Wunsch der CVP/SVP-Fraktion sowie der FDP-Fraktion erfolgt gemäss § 80 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates eine namentliche Abstimmung.

Die Abstimmung über den Steuerfuss bedarf gemäss § 10 Ziff. 4 des Verwaltungs- und Organisationsreglementes der Gemeinde Allschwil einer 2/3 Mehrheit, mindestens aber der Zustimmung von 21 Ratsmitgliedern. Es sind 34 Stimmberechtigte anwesend; das 2/3 Mehr beträgt 23 Stimmen.

://:

Mit 21:13 Stimmen wird der Steuerfuss von 58 % gutgeheissen. Das 2/3 Mehr von 23 Zustimmenden ist damit jedoch nicht erreicht.

Abstimmung unter Namensaufruf
vom 12. Dezember 2001

J = Ja
N = Nein
E = Enthaltung

Geschäft 3294:

Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird auf 58 % der Staatssteuer festgelegt.

| Einwohnerrat | J | N | E |
|-------------------------|---|----------|---|
| Aellen Mark | X | | |
| Amsler Max | | X | |
| Bartlome Thomas | | ABWESEND | |
| Beretta-Sohm Guido, Dr. | | X | |
| Brügger Stefan | | ABWESEND | |
| Burren Niklaus | X | | |
| Corvini Ivo Dr. | | X | |
| Cueni Lucius | | ABWESEND | |
| Degen Fabienne | X | | |
| Frei-Cavelti Karl | X | | |
| Frey-Rieder Hanspeter | | X | |
| Gass Jürg | X | | |
| Hauser Peter | | X | |
| Horisberger Alex | | X | |
| Humbel-Schiess Peter | X | | |

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. Dezember 2001

| | | | |
|--------------------------------|---|----------|--|
| Julier-Karmelitta Arnold | X | | |
| Kneier-Rehmann Kurt | X | | |
| Märky-Schällibaum Alice | | X | |
| Matiz Danilo | X | | |
| Mensch-Häring Felix | X | | |
| Meyer-Zehnder Beat | X | | |
| Misslin-Hertler Jacqueline | | ABWESEND | |
| Morat Christoph | X | | |
| Oppliger Jan | X | | |
| Oppliger-Zurschmitten Mathilde | X | | |
| Philipp Alexandre | | X | |
| Piatti Aldo | X | | |
| Piatti Claudia | | X | |
| Pozivil-Pfister Ursula | | X | |
| Richner Robert | | X | |
| Rosenthaler Lukas Dr. | X | | |
| Rüegsegger Olivier | X | | |
| Salvisberg Beatrice | X | | |
| Spinnler Gabriela | | ABWESEND | |
| Steiger Bruno | | X | |
| Vogt-Pauluzzi Jakob | X | | |
| Wagner-Jung Margaret | X | | |
| Werdenberg Heinz | | ABWESEND | |
| Winter-Bitterli Jean-Jacques | X | | |
| Zihlmann-Glanzmann Iris | | X | |

Seitens Gemeinderat wird ein Time Out gefordert.

- TIME OUT -

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** demonstriert die Auswirkungen auf das Allschwiler Budget mit einem angenommenen Steuersatz von 56 % resp. 57 % (Beilagen). Die Zahlen zeigen, dass in beiden Fällen mit einem Bilanzfehlbetrag gerechnet werden muss und das Eigenkapital aufgebraucht wäre. Eine weitere Steuererhöhung wäre als unvermeidbar. Die Beratung des Gemeinderates hat ergeben, dass er es dem Einwohnerrat überlässt, den Steuerfuss festzulegen. Er macht beliebt, dass sich die Fraktionen ihrerseits auf einen möglichen Steuersatz einigen. Der Gemeinderat sieht diesen Satz bei mindestens 57 %, wobei er daran festhält, dass der realistische Steuersatz noch immer bei 58 % liegt.

Als FIREKO-Mitglied prognostiziert **Dr. Lukas Rosenthaler** aufgrund der vorangegangenen Debatte bereits die nächste Steuererhöhung im Jahr 2003. Er bittet seine Ratskollegen und -kolleginnen, den Entscheid gut zu überdenken.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, erwartet von der FDP-Fraktion und den übrigen Ablehnenden des Steuersatzes 58 % einen konkreten Alternativvorschlag.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, nimmt diese Aufforderung gerne entgegen und beantragt namens seiner Fraktion einen Steuersatz von 56 %.

Olivier Rüegsegger, namens der SP-Fraktion: Unter diesen Umständen verzichtet die SP-Fraktion auf die Festsetzung eines Steuersatzes.

Jean-Jacques Winter beantragt namens der SP-Fraktion als letzte verantwortbare Lösung einen Steuersatz von 57 %.

Gegenüberstellung des Antrages der FDP-Fraktion auf einen Steuersatz von 56 % sowie des Antrages der SP-Fraktion auf einen Steuersatz von 57 %.

://:

Mit 22:11 Stimmen obsiegt der Steuersatz von 57 %.

Abstimmung über den obsiegenden Steuersatz von 57 %

Auf Wunsch der CVP/SVP-Fraktion sowie der FDP-Fraktion erfolgt gemäss § 80 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates eine namentliche Abstimmung.

Die Abstimmung über den Steuerfuss bedarf gemäss § 10 Ziff. 4 des Verwaltungs- und Organisationsreglementes der Gemeinde Allschwil einer 2/3 Mehrheit, mindestens aber der Zustimmung von 21 Ratsmitgliedern. Es sind 34 Stimmberechtigte anwesend; das 2/3 Mehr beträgt 23 Stimmen.

://:

Mit 23:11 Stimmen wird der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen auf 57 % der Staatssteuer festgelegt.

Abstimmung unter Namensaufruf vom 12. Dezember 2001

**J = Ja
N = Nein
E = Enthaltung**

Geschäft 3294:

Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird auf 57 % der Staatssteuer festgelegt.

| Einwohnerrat | J | N | E |
|--------------------------------|---|----------|---|
| Aellen Mark | X | | |
| Amsler Max | | X | |
| Bartlome Thomas | | ABWESEND | |
| Beretta-Sohm Guido, Dr. | | X | |
| Brügger Stefan | | ABWESEND | |
| Burren Niklaus | X | | |
| Corvini Ivo Dr. | | X | |
| Cueni Lucius | | ABWESEND | |
| Degen Fabienne | X | | |
| Frei-Cavelti Karl | X | | |
| Frey-Rieder Hanspeter | | X | |
| Gass Jürg | X | | |
| Hauser Peter | X | | |
| Horisberger Alex | | X | |
| Humbel-Schiess Peter | X | | |
| Julier-Karmelitta Arnold | X | | |
| Kneier-Rehmann Kurt | X | | |
| Märky-Schällibaum Alice | | X | |
| Matiz Danilo | X | | |
| Mensch-Häring Felix | X | | |
| Meyer-Zehnder Beat | X | | |
| Misslin-Hertler Jacqueline | | ABWESEND | |
| Morat Christoph | X | | |
| Oppliger Jan | X | | |
| Oppliger-Zurschmitten Mathilde | X | | |
| Philipp Alexandre | | X | |
| Piatti Aldo | X | | |
| Piatti Claudia | X | | |
| Pozivil-Pfister Ursula | | X | |
| Richner Robert | | X | |
| Rosenthaler Lukas Dr. | X | | |
| Rüeggsegger Olivier | X | | |
| Salvisberg Beatrice | X | | |
| Spinnler Gabriela | | ABWESEND | |
| Steiger Bruno | | X | |
| Vogt-Pauluzzi Jakob | X | | |
| Wagner-Jung Margaret | X | | |
| Werdenberg Heinz | | ABWESEND | |
| Winter-Bitterli Jean-Jacques | X | | |
| Zihlmann-Glanzmann Iris | | X | |

Antrag 3

://:

Die Steuersätze für die Juristischen Personen werden wie folgt festgelegt:

Kapitalgesellschaften, Ertrag 5,0 %: Einstimmig gutgeheissen.

Genossenschaften, Kapital 5,0 ‰: Einstimmig gutgeheissen.

Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen,
Ertrag 57,0 % der Staatssteuer; Kapital 5,0 ‰: Mit 26:8 Stimmen gutgeheissen.

Holdingsgesellschaften

a) Liegenschafts-Nettoertrag 57,0 % der Staatssteuer: Mit 23:8 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, gutgeheissen.

b) von ausländischen quellenbesteuerten Einkommen 5,0 %: Einstimmig gutgeheissen.

c) Kapital 0,25 ‰: Einstimmig gutgeheissen.

Domizilgesellschaften, Kapital 1,0 ‰: Einstimmig gutgeheissen.

Antrag 4

Einstimmig wird die Feuerwehrsteuer für die Ersatzpflichtigen auf 6 % der Gemeindesteuer für Natürliche Personen festgelegt.

Antrag 5

Einstimmig wird der Wasserverkaufspreis auf CHF 1.30 pro m³, zuzüglich 2,4 % Mehrwertsteuer aufgrund des effektiven Verbrauchs festgelegt.

Antrag 6

://:

Einstimmig wird beschlossen, die Fürsorgesteuer nicht mehr separat zu erheben.

Antrag 1

Auf Wunsch der FDP-Fraktion erfolgt gemäss § 80 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates eine namentliche Abstimmung.

://:

Mit 23:11 Stimmen werden die Voranschläge für die Einwohnerkasse für das Jahr 2002 – unter Berücksichtigung der überwiesenen Budget-Postulate 3311, 3314, 3316, 3317, 3319, 3320, 3321, 3322 - genehmigt.

**Abstimmung unter Namensaufruf
vom 12. Dezember 2001**

**J = Ja
N = Nein
E = Enthaltung**

Geschäft 3294:

Die Voranschläge für die Einwohnerkasse für das Jahr 2002 werden genehmigt.

| Einwohnerrat | J | N | E |
|-------------------------|----------|----------|----------|
| Aellen Mark | X | | |
| Amsler Max | | X | |
| Bartlome Thomas | | ABWESEND | |
| Beretta-Sohm Guido, Dr. | | X | |
| Brügger Stefan | | ABWESEND | |
| Burren Niklaus | X | | |
| Corvini Ivo Dr. | | X | |
| Cueni Lucius | | ABWESEND | |
| Degen Fabienne | X | | |
| Frei-Cavelti Karl | X | | |
| Frey-Rieder Hanspeter | | X | |
| Gass Jürg | X | | |
| Hauser Peter | X | | |
| Horisberger Alex | | X | |

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. Dezember 2001

| | | | |
|--------------------------------|---|----------|--|
| Humbel-Schiess Peter | X | | |
| Julier-Karmelitta Arnold | X | | |
| Kneier-Rehmann Kurt | X | | |
| Märky-Schällibaum Alice | | X | |
| Matiz Danilo | X | | |
| Mensch-Häring Felix | X | | |
| Meyer-Zehnder Beat | X | | |
| Misslin-Hertler Jacqueline | | ABWESEND | |
| Morat Christoph | X | | |
| Oppliger Jan | X | | |
| Oppliger-Zurschmitten Mathilde | X | | |
| Philipp Alexandre | | X | |
| Piatti Aldo | X | | |
| Piatti Claudia | X | | |
| Pozivil-Pfister Ursula | | X | |
| Richner Robert | | X | |
| Rosenthaler Lukas Dr. | X | | |
| Rüegsegger Olivier | X | | |
| Salvisberg Beatrice | X | | |
| Spinnler Gabriela | | ABWESEND | |
| Steiger Bruno | | X | |
| Vogt-Pauluzzi Jakob | X | | |
| Wagner-Jung Margaret | X | | |
| Werdenberg Heinz | | ABWESEND | |
| Winter-Bitterli Jean-Jacques | X | | |
| Zihlmann-Glanzmann Iris | | X | |